

DIE ALTERNATIVE

BUDGETKONSOLIDIERUNG IN ROT-WEISS-ROT:



- Grundsätzlich
- Konkret
- Alternativen



UNIS: WIEDER STUDIENGEBÜHREN? • ALARM: WER PFLEGT DIE PFLEGE?

AUGE/UG-Steiermark

Privatisierung von Krankenhäusern

... und Auswirkungen und Nebenwirkungen auf Beschäftigte, die Gesundheitsversorgung, Arbeitsbedingungen, Bezahlung usw.

Vortrag und Diskussion mit Kati Zimmer (VERDI-Berlin, Personalvertreterin an der Charite Berlin). Moderation: Ilse Löwe-Vogl. Kollegin Kati Zimmer wird uns an Hand eigener Erfahrungen im Rahmen der Streikmaßnahmen im größten Krankenhaus Berlins, dem Krankenhaus Charite Klinikum (Mai 2011) und weiteren Aktionen und Maßnahmen von VERDI im Herbst 2011 zur Klinik CFM berichten.

Zeit Dienstag, 20. März 2012, 17 Uhr.

Ort AK-Steiermark, VHS, Hans-Resel-Gasse 6, Raum 105, Graz.

Anmeldung bitte bis 15. März 2012 an auge.stmk@eyecatch.at.



AUGE/UG-Oberösterreich

Es reicht! Was tun?

Vortrag und Diskussion des „Treffpunkts Pflegepersonal“ mit Kati Zimmer. Moderation: Johannes Reiter. Freier Eintritt.

Zeit Montag, 19. März, 19.30 Uhr.

Ort Cardijn-Haus (ehemals Betriebsseminar), Kapuzinerstraße 49, Linz.

Anmeldung (0732) 79 75 04, jutta.leitner@dioezese-linz.at.



MARGARETE, WIR WERDEN DICH VERMISSEN

Viele von uns können es noch immer nicht fassen. Margarete Gal ist am 14. Feber 2012 eingeschlafen und nicht mehr erwacht. Das ist nicht nur ein schmerzhafter Verlust für ihre Familie, sondern auch für Ihre Freundinnen und Freunde und natürlich auch für jene Menschen, die sich für eine bessere, gerechtere und friedliche Welt einsetzen.

Seit ihrer Kindheit war Margarete als ungetauftes Schulkind im christlichen Österreich mit Diskriminierung konfrontiert. Aber sie lernte auch durch ihre engagierten Eltern zu kämpfen und sich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren. Ihre linkssozialistischen Eltern lebten ihr Solidarität und soziales Engagement vor. Entsetzt sah sie 1938, wie Juden gezwungen wurden, die Straßen zu reinigen und gleichzeitig unterstützte sie ihre Mutter bei der Hilfe für verfolgte Menschen. 1942 kam nicht nur ihre Tochter Eva zur Welt, sondern ihre Familie wurde von der Gestapo geholt. Mit ihrem kleinen Kind konnte sie jedoch bald den Morzinplatz verlassen.

Nach 1945 war es für sie daher selbstverständlich, für ein demokratisches sozialistisches Österreich einzutreten und so wurde sie Mitglied der KPÖ.

Margarete wurde auch Betriebsrätin. Ihre große Liebe war jedoch die Arbeit mit Kindern und so engagierte sie sich bei Kinderland-Junge Garde. 1968 brach für sie – wie für viele von uns – eine Welt zusammen. Der „Sozialismus mit menschlichen Antlitz“ wurde durch die Sowjetunion brutal niedergewalzt. Margarete, die immer wieder für Sozialismus, Demokratie und Menschenrechte eingetreten war, die in allen Solidaritätsbewegungen mit der 3. Welt verbunden war, mußte zur Kenntnis nehmen, dass die offizielle Kommunistische Partei ihre Grundwerte über Bord geworfen hatte. Doch sie war nicht bereit auf ihre Gesinnung zu verzichten. Gemeinsam mit vielen Menschen aus der Gewerkschaftsbewegung, der Jugend und kommunistischen Intellektuellen kämpfte sie weiter. So war Margarete überall dort zu finden, wo es um konkrete Initiativen gesellschaftspolitischer Art ging. Es gibt kaum eine Solidaritätsbewegung, in der Margarete nicht tätig war. Allein die Aufzählung der diversen Aktivitäten würde eine Seite füllen. Margarete wollte sich auch weiterhin politisch engagieren und so wurde sie Mitglied der Grünen Partei. Auch wenn sie sich bei den Grünen engagierte, so war sie nicht unkritisch dieser Partei gegenüber und wünschte sich bis zum Schluß eine radikalere Grüne Politik.

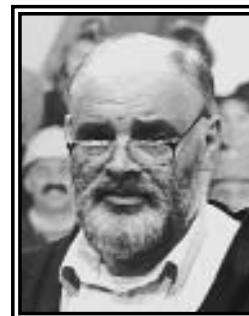
Margarete war fast 88 Jahre alt. So mancher von uns, der wesentlich jünger ist, ist müde geworden, doch Margarete nicht. Das brachte ihr Bewunderung und Respekt von vielen, vor allem jungen Menschen, weit über den Kreis der Grünen ein. Autonome, junge Linksradikale, engagierte Feministinnen ebenso wie unsere ausländische Freundinnen waren voll Anerkennung für ihre Aktivitäten. Und so ist es kein Zufall, dass sie an alle, die ihr spenden wollen appelliert, dies für Ute Bock zu tun.

Es ist unmöglich, all ihre Verdienste aufzuzählen. Wir können nur dankbar sein, mit einer so liebenswerten, herzensguten Revolutionärin befreundet gewesen zu sein.

Schani Margulies

DIE ALTERNATIVE

IM MÄRZ



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

THEMA: BUDGETKONSOLIDIERUNG

Grundsätzliches	Seite 4
(Un)Konkretes	Seite 6
Alternativen	Seite 10

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

Wien: Offener Brief an Bürgermeister Häupl	Seite 14
Pension: Ende nie?	Seite 15
UGöD, AUGÉ/UG, KIV/UG zu Nulllohnstunden	Seite 16
KIV/UG: Innsbruck, SMZOst, Krankenpflege	Seite 18
BAGS-KV: Abschluss 2012	Seite 20
Studiengebühren: „Universität ist etwas Elitäres“	Seite 21
Worum geht es beim Sozialgipfel Reloaded?	Seite 22



..... Seite 12

BETRIFFT: POLITISCHE SOZIALISATION

Nein. Ich werde auch im 50. Jahr meiner ÖGB-Mitgliedschaft nicht zum Gewerkschaftsaustritt aufrufen. Obwohl die Lust dazu mit den Äußerungen des ÖGB und der Gewerkschaften zur Budgetkonsolidierung einen neuen Höhepunkt erreicht hat.

Ich habe das in meinen jungen Jahren in der SP nicht getan, wo Gewerkschaftsfunktionäre oft zum Konservativsten zählten, was die Partei anzubieten hatte.

Ich habe das auch nicht getan, als „Dachlatten-Jolly“ die Arbeiter gegen die AktivistInnen in der Hainburger Au hetzte.

Ich habe auch nach dem ÖGB-Skandal und dem Verkauf der BAWAG an den amerikanischen Cerberus-Konzern nicht zum Austritt geraten.

Nicht einmal, als sich die angekündigte ÖGB-Reform als große Seifenblase entpuppte, reichte es.

Auch viele Jahre in meiner Gewerkschaft mit Diskussionsunkultur der Sonderklasse und die chronische Verwechslung von Demokratie mit der Existenz von Wahlen haben nichts daran geändert.

Warum das so ist und war? Wahrscheinlich liegt an meiner politischen Sozialisation. Als „Werkstätiger“ ist man ganz selbstverständlich Mitglied der Gewerkschaft, wie immer die sich auch konkret manifestiert.

Nur: der Nachwuchs hat diese Sozialisation nicht. Werbegespräche werden immer schwieriger. An die Macht der großen Mitgliederzahlen glaubt niemand mehr. Und dass ohne Gewerkschaften alles noch schlimmer wäre, mag sein. Ist aber auf Dauer kein tolles Argument.

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeber:** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) **Redaktion, Satz & Layout:** Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Franz Wohlkönig (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: -22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnement), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775 **Dass namentlich gezeichnete Beiträge** nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Von Schulden als Krisenfolgen, -ursachen, -bewältigung und warum das präsentierte Konsolidierungspaket schlichtweg eine Themenverfehlung ist. *Von Markus Koza.*

BUDGETKONSOLIDIERUNG IN ROT-WEISS-ROT:

GRUNDSÄTZLICHES

A Iso: Beginnen wir nochmals ganz von vorne. Bei der Finanz- und Wirtschaftskrise, die ab 2008 die ganze Welt – mehr oder weniger – heimsuchte. Betroffen waren jedenfalls die US-amerikanischen wie auch die europäischen Volkswirtschaften. Milliarden schwere Bankenrettungs- und Konjunkturpakete sowie krisenbedingte Steuerausfälle und Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit ließen Budgetdefizite und Staatsschulden wieder deutlich wachsen, nachdem sie sich die Jahre zuvor im Zeichen von Maastricht und Stabilitäts- und Wachstumspakt zumindest in (Vertrags-)Grenzen hielten.

ZUSAMMENHANG KRISE UND STAATSSCHULDEN

Um einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Krise und wachsender Staatsschuld herzustellen, braucht es weder besonders ausgeprägte ökonomische Kenntnisse beziehungsweise Analysefähigkeit, sondern eigentlich nur einen einigermaßen gesunden Hausverstand, es genügt ein Blick auf die volkswirtschaftlichen Kerndaten:

- 2007, also im letzten Vorkrisenjahr, lag das Budgetdefizit in Österreich (EU27) bei –0,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes-BIP (EU27: –0,9 % des

EU27-BIP), die Staatsschulden bei 60,2 % des BIP (59 %).

- Seit 2008, also mit Ausbruch der Krise, insbesondere allerdings in den Folgejahren 2009 und 2010, stiegen Defizite und Staatsschulden deutlich. 2009, am Höhepunkt der Krise, belief sich das Budgetdefizit in Österreich auf –4,1 % (EU27: –6,9 %), 2010 auf 4,4 % (EU27: 6,6 %), die Staatsschulden stiegen auf 69,5 % 2009 (74,7 %) und 71,8 % 2010 (80,2 %). 2011 erreichte die Staatsschuldenquote in Österreich schließlich 72,2 %, das Budgetdefizit lag bei –4,39 % (Quelle: Statistik Austria, Eurostat). Wachsende Staatsschulden und steigende Defizite sind somit ganz offensichtlich nicht Ursache, sondern Folge der Krise.

DIE KRISENURSACHEN

Die Ursachen der Krise wurden und werden von jenen ÖkonomInnen, die nicht einem religiösen Markt fundamentalismus anhängen, ganz woanders als bei der Staatsschuld verortet. Demnach ist die Krise Folge

- einer über Jahrzehnte hinweg immer ungleicher werdenden Verteilung von Einkommen und insbesondere Vermögen und einer daraus resultierenden schwächelnden Binnennachfrage bei gleichzeitig immer riskanter und spekulativer werdenden Veranlagungsstrategien
- immer größer werdender makroökonomischer Ungleichgewichte mit massiven Leistungsbilanzüberschüssen hier (zum Beispiel BRD, Österreich) und entsprechend hohen Leistungsbilanzdefiziten da (zum Beispiel Spanien, Griechenland)
- liberalisierter und unterregulierter Finanzmärkte mit immer unverständ-

licheren und spekulativeren Finanzprodukten.

Es sind dies die „drei U“ der Krise: Ungleichheit, internationale Ungleichgewichte und Unterregulierte Märkte.

WIE URSACHENBEWÄLTIGUNG AUSSEHEN KÖNNTE

Wenn nun diese „drei U“ – und so ziemlich alles deutet darauf hin – verantwortlich für die Krise sind, sollte eine seriöse Krisenbewältigung – unter die dann auch die Bewältigung der fiskalen Krisenkosten, also der gestiegenen Staatsschulden – an den Ursachen ansetzen und versuchen, diese zumindest ansatzweise zu beheben. Wie könnte eine derartige Wirtschaftspolitik, die an Ursachen und nicht Symptomen ansetzt, aussehen?

- Es könnten beispielsweise steuerpolitische Maßnahmen gesetzt werden, um die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen einzudämmen. Naheliegende Maßnahmen: vermögensbezogene Steuern inklusive Erb- und Schenkungssteuern, progressivere Einkommenssteuersätze, eine höhere Besteuerung von Gewinnen bei gleichzeitiger Attraktivierung von realen Investitionstätigkeiten gegenüber Ausschüttungen und Veranlagungen an den Finanzmärkten. Gleichzeitig gilt es „untere“ und „mittlere“ Einkommen zu stärken, etwa über höhere Transferleistungen, steuerliche Entlastungen oder eine offensive (Mindest-)Lohnpolitik.
- Die Stärkung „unterer“ und „mittlerer“ Einkommen wäre auch eine wesentliche Maßnahme, um makroökonomische Ungleichgewichte abzubauen: würde etwa die Binnennachfrage in Österreich beziehungsweise in der BRD erhöht, würden auch Importe



MARKUS KOZA
IST UG-VORSITZENDER,
IM ÖGB-VORSTAND
UND MITARBEITER DER
AUGE/UG IN WIEN.



steigen, zum Beispiel aus Ländern mit bislang hohen Leistungsbilanzdefiziten. Auch wenn staatliche Handlungsmöglichkeiten bei der (Mindest-)Lohnpolitik eingeschränkt sind, weil diese Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden obliegt – durch höhere Transferleistungen (zum Beispiel Anhebung von Mindestpensionen oder Niedriglohngruppen im öffentlichen Dienst, Erhöhung des Arbeitslosengeldes etc.), durch Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, durch eine Bekämpfung atypischer und prekärer Beschäftigungsformen oder eine auf Wachstum und Beschäftigung (sozial und ökologisch verträglich) ausgerichtete Konjunkturpolitik können Masseneinkommen, Nachfrage und Konsum gestärkt werden und auch seitens „des Staats“ Einfluss auf die Einkommenspolitik genommen und damit ein Beitrag zum Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte geleistet werden.

• Wenn „unterregulierte“ Finanzmärkte als Mitursache für die Krise ausgemacht werden, liegt die Lösung ohnehin auf der Hand: Regulierung. Etwas durch ein Verbot eines außerbörslichen Derivatehandels, das Verbot riskanter Finanzmarktprodukte, Verzicht auf die steuerliche Förderung privater Pensionsvorsorgeprodukte und schärfere Veranlagungsregeln, über eine Finanztransaktions- beziehungsweise Börsenumsatzsteuer, Bankenregulierungen, Einschränkung – bis hin zum Verbot – von Hedgefondsaktivitäten und, und, und. Auch wenn der unmittlere staatliche Handlungsspielraum

begrenzt erscheint und etliche Maßnahmen wohl nur auf europäischer beziehungsweise internationaler Ebene Sinn machen, bleiben doch genug Spielräume auf nationaler Ebene übrig. Auch ein genereller Privatisierungsstopp öffentlicher Leistungen beziehungsweise Unternehmen wäre ein entsprechender Beitrag „Finanzmarktmasse“ einzugrenzen. Dringend geboten erscheint in Österreich auch ein „Schrumpfen“ des Bankensektors: Die Bilanzsumme der österreichischen Banken beträgt schließlich das 3,6-fache des Österreichischen BIP! (Werte für 2008, aus Markus Marterbauer: „Zahlen bitte!“)

WIE DIE ÖSTERREICHISCHE REALITÄT AUSSIEHT

Nun, das Problem bei alledem: Es müsste eine gewisse Bereitschaft beziehungsweise Analysefähigkeit geben, die drei U als zentrale Krisenursachen anzuerkennen. Die fehlt allerdings weitgehend, nicht nur in Österreich, sondern auch in Europa. Beziehungsweise: Es werden makroökonomische Ungleichgewichte zwar als Krisenursache anerkannt, allerdings aus dieser Analyse verheerende Schlüsse gezogen. So sehen die im Rahmen des EU-Six-Packs beschlossenen Regelungen Sanktionen nur für jene Länder vor, welche Leistungsbilanzdefizite produzieren – weil sie mehr importieren, als sie exportieren. Und es wird auf diese Länder Druck gemacht, Löhne, Sozialausgaben, Steuern etc. zu senken, um

wettbewerbsfähiger zu werden, während Leistungsbilanzüberschussländern keine Sanktionen drohen. Als ob Defizite nicht die eine, Überschüsse die andere Seite der Medaille wären, es das eine ohne das andere geben könnte! Alle Länder als „Exportweltmeister“, das kann nicht funktionieren, sondern erzeugt nur eine Lohn- und Sozialstaatsspirale nach unten, welche die wirtschaftliche wie auch die soziale Krise noch weiter zu verschärfen droht.

Nun, bei der Ursachenanalyse happens also schon, ist es offensichtlich zu viel, einen Ursache-Wirkung-Zusammenhang zwischen Krise und Staatsschuld herzustellen. Während die SozialdemokratInnen das zumindest noch versuchen und durchaus diesen Zusammenhang noch erkennen, wird dieser von Konservativen geflissentlich ignoriert, passt er doch nicht in ihr Konzept einer an sich bestens funktionierenden Marktwirtschaft und eines „überbordenden“ Sozialstaates, der ihnen als unfinanzierbar gilt, beziehungsweise den sie schlichtweg nicht weiter finanzieren wollen.

Angesichts der Dominanz konservativer Parteien in Europa und ihrer „Interpretationshoheit“ der Krise ist es daher auch nicht weiter verwunderlich, wie Krisenbewältigung in Rechts aussieht: Die Finanz- und Wirtschaftskrise – eine Krise, welche den Glauben an den Markt schwer erschüttert hat, und eine zumindest geringe Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Kurswechsel

Bitte umblättern

zuließ – wird zunehmend aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt und in eine Staatsschuldenkrise umgedeutet, die wirtschaftspolitische Agenda entsprechend ausgerichtet: die Staatsschulden seien das Problem, die gelte es abzubauen und jene Bereiche anzugehen, welche als „Kostentreiber“ für „explodierende“ Staatsschulden verantwortlich gemacht werden. Und das sind für Konservative seit jeher die Kernbereiche des modernen Sozialstaates: Das umlagefinanzierte Pensionssystem, das öffentliche Gesundheitssystem, die öffentlichen Dienste. Auch wenn die Zahlen eine gänzlich andere Sprache sprechen (Marterbauer im Rahmen seiner Buchpräsentation bei den Unabhängigen GewerkschafterInnen beziehungsweise in den Unterlagen zur ÖGB-Arbeiterkammer Konferenz vom 20. Jänner):

- So ist zwar die Sozialquote – also die Sozialausgaben in Prozent des BIP – von 1970 bis 2008 von 20 auf 28 % gestiegen, wurde der Sozialstaat, sozialstaatliche Leistungen, also ausgebaut. Allerdings ist im selben Zeitraum ebenso die Steuer- und Abgabenquote von 34 auf 42 % – also ebenfalls um rund 8 % – gestiegen. Die Ausweitung des Sozialstaates wurde also von den SteuerzahlerInnen selbst finanziert.

- Auch die öffentlichen Dienste taugen nur wenig als Sündenbock für „explodierende“ Staatsschulden: Während der gesamte Personalaufwand für öffentlich Bedienstete – er ist im Gesundheits- und Bildungsbereich besonders hoch – sich in Summe auf rund 28 Milliarden Euro beläuft (11 % des BIP), sind die Staatsschulden seit der Krise um rund dreißig Milliarden Euro gestiegen. Die gesamten Personalausgaben im öffentlichen Dienst fallen also geringer aus, als die seit Krisenausbruch angesammelten Staatsschulden!

Nur: Was nützen Zahlen, Daten, Fakten gegen ideologische Borniertheit? Entsprechend sieht auch das „Reform-“, „Struktur-“, „Konsolidierungspaket“ – also jenes 27 Milliarden Euro schwere Was-auch-immer-Sparpaket aus. Sozialdemokratischer Kanzler hin, sozialdemokratischer Kanzler her. Wer sich derartig einer Schuldenbremse in Verfassungsrang verschrieben hat wie er, und Vermö-

genssteuern offensichtlich mehr als Wahlkampfgegner denn als ultimative Forderung gegenüber einem schwächelnden Koalitionspartner sieht, darf sich nicht weiter wundern, wenn er ein derartiges „Packerl“ erntet.

KONKLUSIO: GLATTE THEMENVERFEHLUNG

In diesem Sinne stellt das vorliegende Konsolidierungspaket über weite Strecken schlichtweg eine glatte „Themenverfehlung“ dar. Es geht nicht die Ursachen der Krise an, sondern lediglich die Symptome. Es verortet Gründe für die steigende Staatsschuld dort, wo sie nicht liegen. Behebt daher nicht die verteilungspolitische Schiefelage, sondern spart – im Gegenteil – bei sozialstaatlichen Sicherungssystemen, öffentlichen Diensten und bei Einkommen öffentlicher Bediensteter und folgt damit ideologisch beharrlich dem marktdogmatischen und neoliberalen Irrweg der letzten Jahrzehnte, der uns in diese Krise manövriert hat.

Entsprechend setzt dieses Paket keine Impulse für einen sozialen und ökologischen Strukturwandel beziehungsweise für entsprechendes Wachstum und Beschäftigung.

In Umfang und Härte ist es zwar nicht annähernd mit Konsolidierungspaketen vergleichbar, wie sie etwa in Irland, Großbritannien, Italien, Portugal, geschweige denn Griechenland geschnürt wurden. Das Konsolidierungspaket enthält auch durchaus einige begrüßenswerte Punkte – etwa im Bereich der vermögensbezogenen Steuern. Diese sind allerdings vom Aufkommensumfang unzureichend, dienen ausschließlich Konsolidierungszwecken und wirken nicht immer nachhaltig.

Die Auseinandersetzung um eine Wirtschafts- und Budgetpolitik, welche an Krisenursachen ansetzt, geht daher einmal mehr weiter. Denn dieses Paket wird keinen wesentlichen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten. Die Krise ist damit fortgesetzt. In Österreich. In Europa.

An den Verursachern der Krise beziehungsweise den Krisenursachen setzt das von der rot-schwarzen Koalition präsentierte Konsolidierungspaket nur wenig an: Ausgabeseitig machen Pensionen, die öffentlichen Dienste sowie das Gesundheitssystem die größten Brocken aus. Die „Strukturmaßnahmen“ zielen auf Einkommen von PensionistInnen und – weitestgehend undifferenziert – öffentlich Bediensteten ab.

Die Kosten der Krise werden in hohem Maße jenen aufgebürdet, die für die Krise und ihre Folgen definitiv nicht verantwortlich zeichnen. Im Steuerbereich gilt über weite Strecken das Prinzip Hoffnung, durchaus sinnvolle Maßnahmen sind teilweise nur zeitlich befristet. Vielfach bleiben die Konsolidierungsmaßnahmen unkonkret, etliche haben eher den Charakter von Willensbekundungen. Einige Zielvorgaben scheinen beim besten Willen nicht erreichbar, unrealistisch beziehungsweise hinsichtlich ihres Volumens überschätzt.

KÜRZUNGEN QUER DURCH DEN SOZIALEN GEMÜSEGARTEN

Im Bereich Pensionen/Arbeitsmarkt ist bis inklusive 2016 ein Konsolidierungsvolumen (2013 bis 2016 zusammengezählt) von 7,259 Milliarden Euro veranschlagt. Der Löwenanteil an Einsparungen entfällt dabei auf „moderate Pensionsanpassungen“ – also Pensionserhöhungen deutlich unter der Inflation im Umfang von 2,56 Milliarden Euro. Knapp über 530 Millionen Euro an Ansparungsmaßnahmen erhofft sich die Bundesregierung aus der Erhöhung der Anspruchsvoraussetzung von 37,5 auf 40 Versicherungsjahre bei der Korridor pension und der vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer. Unter dem Titel „Pensionen Struktureffekt“ erhofft sich die Koalition aus einem späteren Pensionsantritt 1,2 Milliarden Euro. Reduziert werden sollen auch die Frührenten bei den Bundesbahnen, nämlich im Umfang von knapp 525 Millionen Euro.

Invalidentätspensionen unter 50 sollen überhaupt abgeschafft werden, Unter-50-jährige werden künftig in Maßnah-

BUDGETKONSOLIDIERUNG IN ROT-WEISS-ROT:

(UN)KONKRETES

men des AMS einbezogen. Aus der Position „Anhebung des Tätigkeits-schutzes“ (dieser gilt für I-PensionistInnen) – vermutlich wohl als Folge der „Eingliederung“ ins AMS mit der damit verbundenen problematischen Konsequenz, dass ältere ArbeitnehmerInnen ohne Berufsschutz länger auf den allgemeinen Arbeitsmarkt verwiesen werden können, als das bislang der Fall war – erhofft sich die Bundesregierung Einsparungen von rund 460 Millionen Euro. Ein guter Teil dieser Mittel wird wohl in die budgetierten „Arbeitsmarktmittel für Ältere“ im Umfang von 750 Millionen Euro fließen. Und auch ein ordentlicher Brocken aus einer weiteren Einnahmequelle: Künftig müssen nämlich wieder Arbeitslosenversicherungsbeiträge für ältere ArbeitnehmerInnen geleistet werden – eine durchaus sinnvolle Maßnahme, brachte diese „Lohnnebenkostensenkung“ und „Verbilligung älterer Arbeitskraft“ nämlich keineswegs den erhofften Beschäftigungseffekt älterer ArbeitnehmerInnen beziehungsweise Arbeitsloser. Die Mehreinnahmen aus dieser Maßnahme werden von 2013 bis 2015 auf knapp über dreihundert Millionen Euro geschätzt.

Durchaus unterstützenswert und auch längst überfällig sind in diesem Bündel Maßnahmen zur „Beitragsharmonisierung“ – sprich die Erhöhung der Pensionsbeiträge von Bauern und Selbständigen. Dies bringt in Summe immerhin 637 Millionen Euro. Was fehlt: Abgesehen von einer „Manipulationsgebühr“ bei arbeitgeberseitiger ArbeitnehmerInnenkündigung (bis zum Jahr 2016 insgesamt 343 Millionen Euro) sonstige, weiterreichende finanzielle Sanktionsmaßnahmen bei (altersbedingten) Kündigungen.

Für die Beschäftigten des öffentlichen (Bundes-)Dienstes sind für 2013 eine Nulllohnrunde, für 2014 und 2015 lediglich „moderate“ Gehaltsanpassungen vorgesehen. Rund eine Milliarde soll auf diesem Wege eingespart werden. Geplant ist auch ein Aufnahmestopp mit einem Einsparungsvolumen von rund 470 Millionen Euro. Zusammen mit weiteren kleineren Maßnahmen beläuft sich das „Sparpaket öffentliche Bundesbedienstete“ auf 1,8 Milliarden Euro. Ist schon die Nulllohnrunde als undifferenziertes Lohnkürzungsprogramm – trifft es doch nicht nur gut verdienende Spitzenbeamte sondern auch zum Beispiel deutlich schlechter verdienende Privatangestellte (zum Beispiel JunglehrerInnen) im öffentlichen Dienst – ist auch der Aufnahmestopp alles andere als erfreulich. Der geplante Beschäftigungsabbau von 1000 Stellen pro Jahr – Marterbauer geht von 2000 Posten jährlich aus – würde sich bis 2016 auf einen Verlust von 5000 bis 9000 relativ gut abgesicherten und entlohnten, unter ihnen auch hoch qualifizierten Beschäftigungsverhältnissen im öffentlichen Dienst summieren. Zwar sind einzelne Bereiche ausgenommen (LehrerInnen, Polizei, Gerichtsbarkeit, Justizwache und Finanzpolizei) – der Beschäftigungsabbau geht allerdings klar auf Kosten der „Jungen“ und wohl auch auf die Qualität der öffentlichen Verwaltung. Und: Es stellt sich schlichtweg die Frage, wer denn – etwa im Schulbereich – künftig die Arbeit weggefallener Verwaltungsbeamter machen wird ... die LehrerInnen? Es wäre auch eine Illusion, von Nulllohnrunden im öffentlichen Bundesdienst keinerlei Effekte auf andere „Branchen“ beziehungsweise Beschäftigten-

gruppen zu erwarten – etwa auf „ausgegliederte“ Betriebe, Landesbedienstete, Gemeindebedienstete oder von öffentlichen Geldern abhängige private Sozial- und Gesundheitseinrichtungen. Setzte es bereits in einigen Bundesländern Nulllohnrunden beziehungsweise Abschlüsse unter dem Bundesschnitt, wird sich diese Tendenz wohl noch verstärken. An öffentliche Verhandlungsergebnisse angelehnte private (etwa BAGS, privater Kindergartenbereich in Oberösterreich, Jugendzentren in Wien ...) Kollektivvertrags-Runden beziehungsweise Lohnschemata – drohen ebenso unter Druck zu geraten, wie die Einkommen der deutlich unter jenen der Bundes- und Landesbediensteten liegenden Gemeindebediensteten.

Schließlich müssen auch Länder und Gemeinden einen Konsolidierungsbeitrag von 5,2 Milliarden Euro leisten (auch wenn dieser durch zusätzliche Steueranteile nur rund zur Hälfte „ausgabeseitig“ fällig wird). Und: Wien, Niederösterreich und weitere Bundesländer zeigen durchaus Sympathien für Nulllohnrunden und Aufnahmestopps in ihren Gebietskörperschaften.

In Summe beläuft sich das veranschlagte Einsparungsvolumen bei Dienstrecht (also bei den öffentlichen Bundesbediensteten) und der Bundesverwaltung auf 2,544 Milliarden Euro. Ein Posten aus diesem Bereich sei noch besonders hervorgehoben: Nämlich jener der „Ermessensausgaben“, also der „frei verfügbaren“ finanzielle Mittel in Ministerien und Bundeskanzleramt, die für Subventionen und Förderungen zur Verfügung stehen. Aus diesen Mitteln werden unter anderem auch Frau-

Bitte umblättern

enberatungseinrichtungen, Frauenhäuser, diverse soziale Einrichtungen, die mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben betraut sind, aber auch Kulturinitiativen beziehungsweise -veranstaltungen unterstützt. Diese Ermessensausgaben sollen nun jährlich um 170 Millionen Euro gekürzt werden. Es drohen somit – auch – Einsparungen in oben genannten Bereichen, die ohnehin seit Jahren an notorischer Unterfinanzierung, personeller Unterbesetzung und prekärer Beschäftigung leiden. Kommt es zu einer weiteren Kürzung der Ermessensausgaben, drohen den Beschäftigten in oben genannten Bereichen Einkommenskürzungen sowie eine Verschlechterung des Angebots an sozialen Dienstleistungen.

Als letzte große Brocken bleiben die geplanten Einsparungen bei den Förderungen und staatlichen Unternehmen (3,492 Milliarden Euro) und im Gesundheitsbereich (1,372 Milliarden Euro).

Nicht durchbringen konnte sich die Bundesregierung – wohl nicht zuletzt auf Druck der Länder – verkehrspolitisch ausgesprochen hinterfragenswerte milliardenschwere Infrastrukturprojekte, wie den Koralm- oder den Brennerbasistunnel, einfach aufzugeben. Milliarden, die wohl in Bildung, Klimaschutz, sozialen Diensten, Wissenschaft und Forschung – wo auch immer – sinnvoller angelegt wären. Diese Großprojekte sollen nun „redimensioniert“ – sprich wohl aufgeschoben – werden. Mit erhofften Einsparungen von rund 916 Millionen ein höchst fragwürdiges Unterfangen ... Ein Posten der jedenfalls Aufmerksamkeit seitens der Gewerkschaften verdient: die Förderpyramide. Die Bundesregierung will das Fördersystem reformieren. Förderungen soll es – so die Zielvorgabe – nur noch aus „einer Hand“ geben, zum Beispiel von einer Gebietskörperschaft. Also keine Förderung von zum Beispiel Photovoltaikanlagen von Land und Bund. Gemeinsam mit einer strikten „Ausgabendisziplin“ werden für 2015 und 2016 Einsparungen von insgesamt nicht weniger als einer Milliarde Euro erwartet. Massiv treffen könnte diese Reform des Fördersystems allerdings einmal mehr auch soziale Dienstleister, deren Projekte aus unterschiedlichen Quellen – verschiedener staatlicher Ebenen – finanziert werden

(zum Beispiel Bundessozialamt, Arbeitsmarktservice, Land, Gemeinde).

- Wie sich die Reform des Fördersystems wohl auf die künftige Finanzierung sozialer Dienstleistungen auswirken wird?
- Wird die Förderpyramide projekt- oder unternehmensbezogen ausgestaltet?
- Werden Fördermittel der entsprechenden Körperschaft aufgestockt, um den Leistungs- beziehungsweise Finanzierungsstandard zumindest halten zu können?

Angesichts eines angestrebten Einsparungsvolumens in Milliardenhöhe ist wohl das genaue Gegenteil zu befürchten ...

Bleibt zuguterletzt das Gesundheitswesen. 1,3 Milliarden sollen hier eingespart werden. Wie? Über den Abschluss einer 15a-Vereinbarung über ein „gemeinsam vereinbartes Zielsteuersystem betreffend einer integrativen Gesundheitsplanung und Steuerung des stationären und ambulanten Bereichs“. Selbst wenn diese Einsparung gelänge: Tatsächlich bräuchte es mehr, statt weniger Geld im Gesundheitssystem: etwa für Pflege, für Personal, für Psychotherapie, für Zahnleistungen ... „Umschichtungen“ durch das Heben von Sparpotentialen innerhalb des Gesundheitssystem erscheinen zwar durchaus realistisch, sinnvoll und möglich. Einsparungen zu Budgetkonsolidierungszwecken – also Geldentzug aus dem Gesundheitssystem – wird das Gesundheitssystem, das Leistungsangebot, die Arbeits- und Einkommensbedingungen für die darin Beschäftigten dagegen wohl kaum verbessern.

EINNAHMESEITE: DIE REICHEN WERDEN ERFREUT SEIN

Der einnahmeseitige Anteil – also das zusätzliche Steueraufkommen von rund 7,2 Milliarden Euro (2012 bis 2016) – am Konsolidierungspaket beträgt rund 28 %. Das Erfreuliche am „Steuerpaket“: Einige Steuerlücken – gerade auch im Vermögenszuwachs- und Unternehmensbereich – wurden geschlossen, eine Erhöhung von Masensteuern bleibt aus. Das unerfreuliche: Der mögliche Spielraum bei vermögensbezogenen Steuern wurde nicht einmal ansatzweise ausgereizt, aus ökologischer Sicht – etwa wenn es

um die Streichung umweltschädiger Subventionen und Steuerbegünstigungen in Milliardenhöhe geht – ist das Paket schlichtweg eine Zumutung, private Pensionsvorsorge bleibt weiterhin großzügig steuerlich gefördert. Die Maßnahmen im Einzelnen:

Im Bereich vermögensbezogener Steuern fällt künftig eine 25 %ige Abgabe auf Umwidmungsgewinne (bei Veräußerung) an, die Spekulationsfrist auf Gewinne aus dem Verkauf von Immobilien wird aufgehoben (ausgenommen Hauptwohnsitze). Knapp über 2 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen werden von 2013 bis 2016 budgetiert. Reformen im Bereich der Gruppenbesteuerung sollen rund 275 Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen bringen. BesserverdienerInnen haben – allerdings nur befristet bis 2016 – einen „Solidarbeitrag“ zu leisten: Angestellte ab einem Einkommen von 184.000 Euro Brutto im Jahr, Selbständige ab einem Gewinn von 175.000 Euro jährlich. 440 Millionen Euro soll diese Maßnahme ins Budget spülen. Allerdings – nur bis dahin! Die Rückvergütung der Mineralölsteuer für LandwirtInnen – allerdings auch für öffentliche Verkehrsmittel – wird gestrichen. Was ab 2013 jährlich rund achtzig Millionen Euro bringen soll.

Die Einschränkung des Vorsteuerabzug bei Bauvorhaben ist hinsichtlich ihrer Beschäftigungswirkung dagegen umstritten, droht diese Maßnahme doch die Investitionstätigkeit von Gemeinden, den größten öffentlichen Investoren, zu dämpfen. Bruno Rossmann, Budgetexperte in der Arbeiterkammer und ehemaliger Grüner Budgetsprecher im Nationalrat, schätzt die direkten und indirekten beschäftigungsdämpfenden Effekte auf rund fünftausend Personen.

Höchst unsicher ist weiters, ob die veranschlagten 1,5 Milliarden Euro aus einer Finanztransaktionssteuer ab 2014 jemals den Weg in den österreichischen Staatssäckel finden werden. Einerseits, weil diese Steuer seitens der EU-Kommission als „EU-Steuer“ geplant ist, andererseits weil die Ver-



wirklich ab 2014 höchst fragwürdig ist. Die weitaus „sicherere“ Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer bis zur Umsetzung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer, ist bedauerlicherweise nicht vorgesehen.

Auch das Aufkommen aus einer Abgeltungssteuer auf in der Schweiz veranlagtes



„Schwarzgeld“ österreichischer Steuerpflichtiger im Umfang von 1,150 Milliarden Euro ist keineswegs ausgemachte Sache. Einerseits weil Verhandlungen mit dem westlichen Nachbarn darüber scheinbar noch nicht einmal ernsthaft begonnen worden sind. Andererseits, weil ein derartiges bilaterales Abkommen europäische Bestrebungen zu einer EU-weiten Zinsrichtlinie torpedieren würde (worin das „Bankgeheimis“- und „Steuerparadies“ Österreich übrigens schon langjährige Erfahrung hat). Die EU-Kommission zeigt sich jedenfalls nur „wenig“ amüsed über den österreichischen Vorstoß.

Ausgesprochen „maßvoll“ fallen auch die Kürzungen im Bereich der privaten Pensionsvorsorge aus. Private, kapitalgedeckte Pensionsvorsorgeprodukte werden nach einer im Auftrag des Sozialministeriums erstellten WIFO-Studie im Umfang von rund 1,3 Milliarden Euro steuerlich gefördert. Jährlich! Nun wird zwar die Prämie bei der begünstigten Zukunftsvorsorge halbiert – das bringt allerdings ein Ersparnis von nur rund 43 Millionen Euro pro Jahr. Sinnvoll, aber bescheiden. Viel zu bescheiden. Mit der Halbierung der Bausparprämie wird zwar Sparen in Zeiten der Krise unattraktiver – und es

stellt sich durchaus die Frage, warum Sparen überhaupt steuerlich gefördert werden soll. Andererseits sind gerade Bausparverträge Sparformen der „breiten Masse“, eine Halbierung entsprechend unpopulär. Einsparungspotential: 76 Millionen Euro jährlich. Und es bleibt vor allem die Frage, warum im Vergleich zum Bausparen ausgerechnet private Pensionsvorsorge und Vorsorgeprodukte – wie betriebliche Pensionskassen – weiterhin großzügig steuerlich gefördert bleiben ...

CHANCE AUF MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT VERTAN

Die Budgetkonsolidierung beziehungsweise der Schuldenabbau in Österreich folgt nicht dem Verursacherprinzip und übt sich auch nicht in Ursachenbeseitigung, sondern erfolgt weitestgehend nach traditionellem neoliberalen Mustern, wonach für wachsende Staatschulden sozialstaatliche Leistungen (Pensionen, Gesundheitssystem) und öffentliche Dienste verantwortlich zeichnen, die es zu kürzen gilt.

Die Budgetkonsolidierung erfolgt zusätzlich im Zeichen der „Schuldenbremse“ sowie entsprechender, restriktiver europäischer Vorgaben (Six-Pack, Fiskalpakt). Und das zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt. Auch wenn das Krisenjahr 2012 noch nicht im Zeichen umfangreicher Sparmaßnahmen steht, droht eine europaweit, gleichzeitig stattfindende Austeritätspolitik die Krise in den nächsten Jahren zu verstärken. So rechnet Rossmann bis 2016 mit einem kumulierten Beschäftigungsverlust als Folge des österreichischen Konsolidierungspaketes im Umfang von 13.000 bis 15.000 Personen. Der Wachstumsverlust als Folge der Konsolidierung wird für 2012 auf $-0,1\%$, 2013 auf bereits $-0,4\%$ und 2016 auf $-0,6\%$ geschätzt. Einen wesentlichen Anteil an diesem Jobabbau hat dabei der Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst.

Die Budgetkonsolidierung erfolgt sozial unausgewogen. Insbesondere der abermalige Verzicht auf Vermögenssteuern (inklusive Erbschafts- und Schenkungssteuern) und die unterlassene Reform der Grundsteuer kommt den „Krisenverursachern“ zugute, jener kleinen Bevölkerungsgruppe, bei der

sich die Vermögen konzentrieren. Rossmann hat – unter Ausblendung jener Ausgaben beziehungsweise Einnahmen die unsicher beziehungsweise zu unkonkret ausformuliert sind (zum Beispiel Finanztransaktionssteuer, Abgeltungssteuer) – errechnet, dass das untere und das mittlere Einkommensdrittel deutlich stärker belastet werden, als das obere Einkommensdrittel und die obersten Einkommen. Überproportional von den Sparmaßnahmen betroffen sind dabei PensionistInnen und öffentlich Bedienstete.

Bei den im Konsolidierungspaket beschriebenen „Zukunftsinvestitionen“ beziehungsweise „Offensivmaßnahmen“ handelt es sich in Wirklichkeit um eine Fortschreibung der Loipersdorfer Beschlüsse, nicht um „frisches“ Geld aus Umschichtungen oder zusätzlichen Einnahmen. Die Mittel im Bereich Bildung reichen gerade aus, um beschlossene Programme wie Personal für die neue Mittelschule, Senkung der Klassenschülerhöchstzahl etc. zu finanzieren. Die „Unimilliarde“ sichert über 2013 jene Mittel ab, die den Universitäten auch zuvor zur Verfügung standen. Der Pflegefonds ist nun zwar über 2014 gesichert, wird aber nicht aufgestockt. Zusätzliches Geld für eine „Sozialmilliarde“, für eine „Bildungsmilliarde“, für nachhaltige, Beschäftigung und Wohlstand schaffende Zukunftsinvestitionen in Bildung, soziale Dienste, Klimaschutz und den ökologischen Umbau unseres Industriesystems gibt es nicht. Gehobene Sparpotentiale sowie zusätzliche Steuereinnahmen sind der Umsetzung der „Schuldenbremse“ untergeordnet, nicht einer auf Wachstum- und Beschäftigung ausgerichteten Budgetpolitik.

Großzügige Mittel für Zukunftsinvestitionen aus Vermögenssteuern beziehungsweise einer Ökologisierung des Steuersystems bleiben in diesem Konsolidierungspaket ausgespart. Die im Paket verankerten „Offensivmaßnahmen“ reichen jedenfalls nicht, um ein sozial und ökologisch verträgliches Wachstum zu fördern, Beschäftigung zu schaffen und die Konjunktur anzukurbeln. Ohne diese wird eine nachhaltige Budgetkonsolidierung allerdings nur schwer möglich sein. In Österreich wie in Europa.

BUDGETKONSOLIDIERUNG IN ROT-WEISS-ROT:

ALTERNATIVEN

Wie könnten solidarische und ökologische Alternativen zum SPÖ-ÖVP Sparpaket aussehen? Maßnahmen, die ein soziales und ökologisches Wachstum von Wohlstand und Beschäftigung fördern und gleichzeitig einen sozial ausgewogenen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten könnten? Umweltverbände, NGOs und auch wir AlternativgewerkschafterInnen haben immer wieder entsprechende Vorschläge gebracht. Hier noch einmal in gebotener Kürze eine kleine, keineswegs vollständige Auswahl.

UMWELTSCHÄDIGENDE SUBVENTIONEN STREICHEN

Der Umweltdachverband hat in Österreich umweltschädigende Subventionen in einer Größenordnung von 4,3 bis 5,4 Milliarden Euro festgemacht, die kurz- bis mittelfristig abbaubar wären. Zu diesen Subventionen gehören unter anderem

- die steuerliche Bevorzugung von Diesel gegenüber Benzin im Ausmaß von rund sechshundert Millionen Euro,
- die steuerliche Begünstigung von Dienstwagen und „Fiskal-LKW“ im Umfang von rund 1,6 Milliarden Euro,
- die Steuerbefreiung von Kerosin von rund 290 Millionen Euro,
- die Mineralölsteuer-Befreiung von umweltschädigendem „Bio“-Sprit im Umfang von annähernd zweihundert Millionen Euro,
- die Grundsteuerbefreiung von Verkehrsflächen mit rund 110 bis 130 Millionen Euro.

Allein der Abbau der Hälfte aller umweltschädigenden Subventionen brächte rund zwei Milliarden Euro jährlich. Eine Ausweitung der LKW-Maut auf Bundesstrassen brächte von 2015

bis 2020 rund 1,5 Milliarden Euro zusätzlich, so der Verkehrsclub Österreich. Rund 1,5 Milliarden pro Jahr – könnte dabei in ein „Zukunftsinvestitionspaket Klimaschutz“ – in thermische Sanierung, erneuerbare Energien, umweltfreundliche Mobilität, Energieeffizienz, soziale Ausgleichsmaßnahmen etc. – investiert werden, eine halbe bis eine Milliarde in die Budgetkonsolidierung fließen. Die „Dividende“ derartiger Investitionen: Beschäftigung im Umweltbereich, mehr Energieautonomie, Erreichung der Klimaschutzziele und daraus resultierende Ersparnis von Strafzahlungen, niedrigere Energiekosten für die Haushalte, Förderung umweltfreundlicheren Verhaltens durch steuerliche Lenkungseffekte.

VERMÖGENSBEOZUGENE STEUERN EINFÜHREN

Diese würden unmittelbar an einer Krisenursache – der Ungleichverteilung beziehungsweise Konzentration von Vermögen – ansetzen, sowie am Verursacherprinzip: Diejenigen, die für die Krise und daraus entstehende Krisenkosten verantwortlich zeichnen, tragen auch die Folgekosten. Diejenigen, deren Vermögen gerettet wurde, zahlen nun auch den Preis dafür. Gleichzeitig sind Vermögenssteuern eine „Krisenprävention“ mit dem Ziel, mehr soziale Gleichheit, mehr Verteilungs- und mehr Leistungsgerechtigkeit herzustellen.

- Eine Reform der Grundbesteuerung (inklusive Freibeträge für kleine und mittlere Grund- und Immobilienvermögen oder einer Progression) brächte laut Wirtschaftsforschungsinstitut zusätzlich rund eine Milliarde Euro für die Kommunen,

- eine allgemeine Vermögenssteuer mit Schonung kleiner und mittlerer Vermögen brächte ja nach Modell (Schulmeister, GPA, ÖGB, ...) zwischen 2,5 und drei Milliarden Euro,
- eine reformierte Erbschafts- und Schenkungssteuer mit Freibeträgen für kleine und mittlere Erbschaften brächte zwischen vierhundert Millionen (Arbeiterkammer) und 1,1 Milliarden Euro (Schulmeister),
- eine Reform der Börsenumsatzsteuer brächte rund zweihundert Millionen Euro.

Jahr für Jahr wäre ein Vermögenssteueraufkommen zwischen drei und fünf Milliarden Euro möglich. Daraus könnte eine „Sozialmilliarde“ – Investitionen in Soziale Dienste wie Pflege, Betreuung – finanziert werden, ebenso eine „Bildungsmilliarde“ in Schulen, Kindergärten, Universitäten investiert werden. Für Budgetkonsolidierungsmaßnahmen stünde noch die eine oder andere Milliarde Euro jährlich zur Verfügung. Garantiert sozial treffsicher – garantiert verursachergerecht.

WEITERE MASSNAHMEN

Im Bereich der Landwirtschaft tut die Herstellung von mehr Steuergerechtigkeit ohne Subventionen für die Landwirtschaft zu streichen (!) Not. Als eine Maßnahme wurde einmal die Mineralölsteuer-Befreiung für Agrardiesel abgeschafft. Weitere Maßnahmen wie

- die Abschaffung beziehungsweise Einschränkung der Pauschalierung und die Umstellung auf eine normale Einnahmeverrechnung brächte rund zweihundert Millionen Euro,
- die von Landwirten einbehaltene aber nicht abgelieferte Umsatzsteuer

brächte noch einmal ungefähr hundert Millionen Euro.

Auch im Einkommenssteuerbereich – durchaus auch bei den unselbständig Beschäftigten – gibt es steuerliche Begünstigungen, die sowohl beschäftigungspolitisch, als auch aus emanzipatorischen Gesichtspunkten problematisch sind, etwa

- die steuerliche Begünstigung von Überstunden, die zwischen hundertfünfzig und dreihundert Millionen Euro kostet,

nen Euro. Auch das: sozial garantiert treffsicher. Und warum der „Solidarzuschlag“ zum 13./14. Monatsgehalt nur zeitlich befristet werden soll, ist auch nicht nachvollziehbar.

Auch hier wären Einsparungspotentiale im hohen, dreistelligen Millionen-Euro-Bereich pro Jahr möglich – die sowohl zur Budgetkonsolidierung als auch zur Stärkung niedriger Einkommen und Armutsbekämpfung (Negativsteuer, Mindestsicherung etc.) aufgewandt werden könnten.

zwanzig und dreißig Milliarden Euro (Der Standard, 21. Dezember 2011). Würde der Ausstieg aus einem oder mehreren dieser Projekte gelingen, wären Einsparungen in Milliardenhöhe möglich. Ein Bruchteil dieser Mittel im Personen-Nahverkehr eingesetzt, wäre nicht nur ein wichtiger Beitrag zu umweltfreundlicher, bedarfsgerechter Mobilität, sondern würde auch Beschäftigung schaffen. Während eine Milliarde Euro in Autobahnen investiert 10.190 Personenbeschäftigungs-



- der Alleinverdienerabsetzbetrag, der am tradierten Bild des „männlichen“ Alleinverdieners und -ernehmers ansetzt und ein ganz bestimmtes Familienbild – nämlich jenes der Hausfrau daheim – mit rund dreihundertsechzig Millionen Euro pro Jahr steuerlich fördert,
- die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuung im Umfang von hundertfünfzig Millionen Euro, die sinnvoller in Kinderbetreuungsplätze investiert wären,
- die großzügige steuerliche Förderung privater Zukunftsvorsorge, von Betriebspensionen und anderen privaten Vorsorgeprodukten im Ausmaß von rund 1,3 Milliarden Euro im Jahr (WIFO-Studie),
- die schwach ausgeprägte Progression im österreichischen Steuersystem: Ein Fünf-Prozent-Aufschlag zur Einkommensteuer ab hundertvierzigtausend Euro sowie die Abschaffung des fiktiven 13./14. Monatsgehalts für Selbständige („Gewinnfreibetrag“), der sachlich nicht begründbar ist, brächte zwischen drei- und fünfhundert Millio-

Der Ausbau des Personen-Nahverkehrs wäre nicht nur ein Beitrag zu umweltfreundlicher Mobilität, sondern würde auch Beschäftigung schaffen

MILLIARDENINVESTITIONEN IM VERKEHRSBEREICH EINSPAREN

Ein hohes Sparpotential von bis zu sechs Milliarden Euro sieht der Verkehrsclub Österreich etwa im Autobahn- und Straßenbau, da die geplanten Projekte auf veralteten Verkehrsprognosen beruhen würden. Diese Einsparungen würden zwar nicht unbedingt unmittelbar budgetwirksam, wären allerdings – nicht zuletzt aus ökologischen Erwägungen, und da der Bund letztlich auch für „ausgegliederte“ Schulden der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft haftet – sinnvoll. Die Kosten für die großen und ob ihrer Sinnhaftigkeit verkehrspolitisch hoch umstrittenen Tunnelprojekte der ÖBB (Koralmbrenner-Basis- und Semmeringtunnel) liegen realistischerweise zwischen

jahre bringt, schafft ein gleiches Investitionsvolumen im Personen-Nahverkehr 16.440, in den Bahnstreckenausbau 16.300 Personenbeschäftigungsjahre (Quelle: Verkehrsclub Österreich, Jobmotor öffentlicher Verkehr).

BESTE SPARMETHODE: ARBEITSLOSIGKEIT BEKÄMPFEN

Noch einmal betont sei: Die beste Form der Budgetkonsolidierung ist die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit durch eine sozial und ökologisch verträgliche Konjunktur- und Beschäftigungspolitik. Denn hunderttausend Arbeitslose „kosten“ dem Staat (Arbeitslosengeld, entgangene Steuern und Abgaben etc.) nach Arbeiterkammer-Berechnungen 2,7 Milliarden Euro. Im Kampf gegen Arbeitslosigkeit – nicht gegen Arbeitslose – liegt ein gewaltiges „Sparpotential“! In Österreich. In Europa.

ep 1
d Friends

Step 2
Add Friends

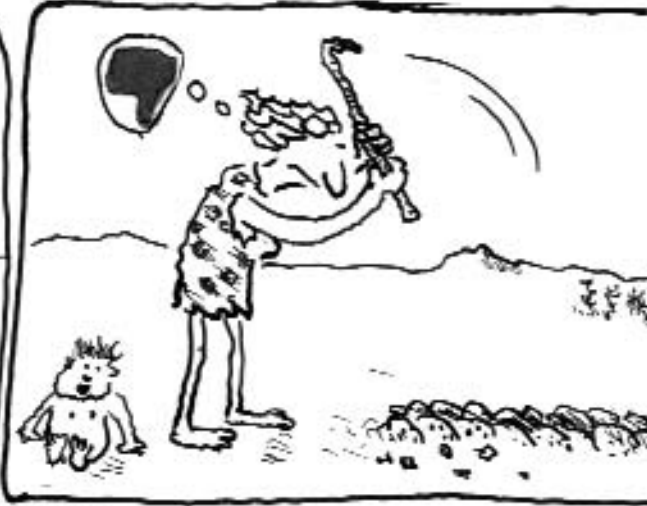
Step 3
Invite Friends

Mag ich

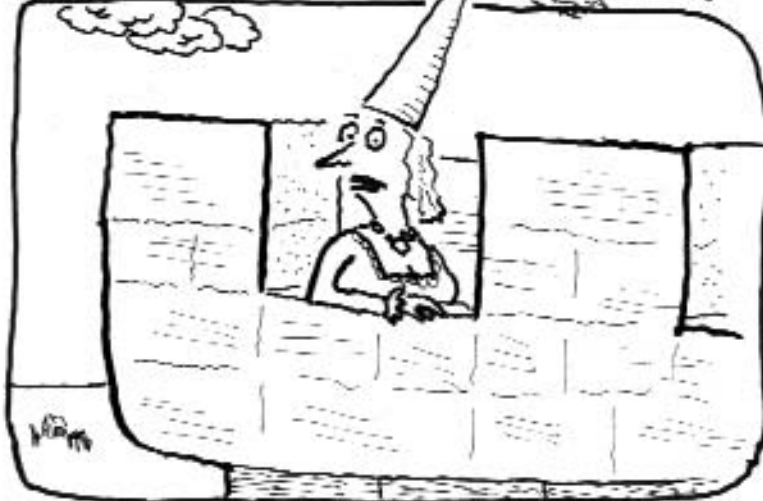


+ Hinz

700.000 GENERATIONEN LEBTEN OHNE FRIENDS IHR FREUDE



DER MÖNCH IN DER ZELLE, DAS EDELFRÄULEIN AUF DER BURG.



ERST DER MENSCH DES XXI JAHRHUNDERTS HAT DANK SOCIAL MEDIA
SIE NIE PERSÖNLICH ZU TR



zufügen zu ▾

Teilen



Step 1
Find Friends

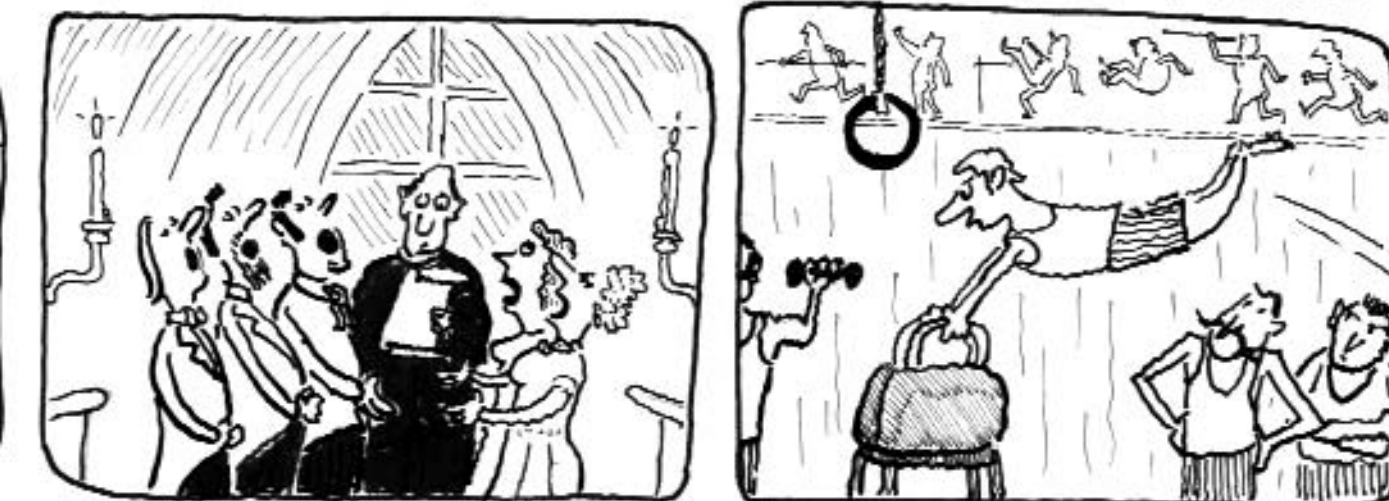
Step 2
Add Friends

St
Inv

LOSES LEBEN. DIE MÄNNER IM KRIEG, DIE FRAUEN IN DER KÜCHE,



DIE EINZIGEN NETWORKS WAREN KIRCHENCHOR UND TURNERRIEGE!



DIE TAUSENDE FRIENDS UND BRACHT
EFFEN



HEUTE SCHON STUHLGANG
GEHABT? MIT DEM NEUEN
STUHLGANG-APP SOFORT
GEKLART!



AH, STUHLGANG UM
9UHR 42! DAS MUSS ICH
GLEICH MEINEN 2.478
FRIENDS TWITTERN



Offener Brief an Bürgermeister Häupl

Betrifft: Vorzeitige Versetzungen in den Ruhestand

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Den Tageszeitungen vom 22. Feber 2012 ist zu entnehmen, dass Sie offensichtlich auf den „Alarm“ der ÖVP reagieren, die für das Jahr 2012 eine Prognose von 700 vorzeitigen Versetzungen in den Ruhestand hochgerechnet hat.

Ich bin Mitglied der gemeinderätlichen Personalkommission, die monatlich mit diesen Versetzungen in den Ruhestand befasst ist, und möchte Sie auf Folgendes aufmerksam machen:

Die „Hochrechnung“ von Herrn Gemeinderat Ulm, der auch der Kommission angehört, gehört richtig gestellt. Im Zusammenhang von Versetzungen in den vorzeitigen Ruhestand von Frühpensionen zu sprechen ist verzerrend, weil der Eindruck entsteht, die Menschen gehen aus Jux und Tollerei in Pension und feiern „Happy-Pensi“. Die Menschen, die vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden sind krank und zwar so krank, dass sie keinen Dienst mehr versehen können. Oft geschieht das auch gegen ihren Willen, weil sie wegen Krankheit ihr soziales Umfeld nicht verlieren möchten und weil sie auch wegen ihrer Krankheit eine geringere Pension (Ruhegenuss) erhalten. Der Versetzung in den Ruhestand geht oft ein sehr langes Verfahren mit amtsärztlichen Untersuchungen voraus und erst ein einjähriger Krankenstand, beziehungsweise die Prognose auf nicht absehbare Genesung löst eine Versetzung in den Ruhestand aus.

Die Kronenzeitung vom 22. Feber 2012 zitiert Sie so: „Der Amtsarzt muss Gutachten nach einer umfassenden ärztlichen Untersuchung erstellen. Es wird nicht möglich sein, einfach irgendetwas zu erzählen, um in Frühpension gehen zu können.“

Wenn Sie das so gesagt haben, dann kann ich das nur als zynisch bezeichnen. Es wird wenig Sinn haben, sich einfach an ein statistisches Alter zu klammern und die Menschen „gesund zu reden“. Wenn Sie das nicht so gesagt haben, dann kann ich Sie nur ersuchen, das richtig zu stellen. Menschen, die krank sind und die oft sehr lange ihren Dienst für die Stadt Wien versehen haben, brauchen unsere Hilfe und Unterstützung und auch den nötigen Respekt seitens der Dienstgeberin und nicht die Darstellung, mehrere von ihnen wären nur „Gschichtl-Erzähler“.

Sprechen wir von den Dingen, die die Stadt leisten könnte und müsste. Sparprogramme, die darauf abzielen, den Personalstand zu verringern und Dienstposten nicht nachzubesetzen, tragen sicher nicht zur Gesundheit jener bei, die die Arbeit zu verrichten haben. Gesundheitsprogramme, die von der Stadt Wien initiiert werden sind wirklich gut, aber das Hauptaugenmerk sollte auf Vermeidung belastender Situationen liegen und nicht auf Aushalten von Drucksituationen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, stellen Sie sich schützend vor die im Dienst krank gewordenen Menschen und verwahren Sie sich gegen falsche Darstellungen.



GERHARD WINTER
IST PERSONALVERTRETER
DER KIV IM
WIENER MARKTAMT.

ENDE NIE?

67

69,70, 75 – die Debatte um die Hinaufsetzung des Pensionsantrittsalters kommt

gerade wieder so richtig in Fahrt. 40, 45 Jahre arbeiten? Zu wenig. Und es ist immer wieder erstaunlich, wie viele und welche Menschen das einleuchtend finden. Erschöpfung? Einbildung oder Einzelschicksal. Altersmüde? Unsinn, aktive Senioren wissen gar nicht, was das sein soll. Es sind vor allem die Gebildeten aus der Mittelschicht, denen es gelungen ist, einen Broterwerb zu finden, der mit Befriedigung und/oder Macht verbunden ist, denen das längere Arbeiten einleuchtet. Es sei ihnen vom Herzen gegönnt, aber für die Mehrheit der Menschen trifft das leider nicht so zu. Die Arbeit als Vergnügen? Als Sinn? Das kommt doch wirklich auf die Arbeit an. Die meisten Menschen müssen fremdbestimmt und schneller oder härter arbeiten, als der Gesundheit zuträglich ist.

Es ist, wie wir es einmal gelernt haben: Lohnabhängige, die arbeiten müssen, um ihr Leben zu bestreiten. Die Arbeit wird also verkauft, um das Überleben zu sichern. Jahrzehntelange Kämpfe haben die Bedingungen, unter denen das geschieht, zu verbessern versucht. Auch, indem festgelegt wurde, wie lange das sein muss, und wie das Alter gesichert sei. Und jetzt haben wir in diesem Kampf ganz schlechte Karten.

Diese historische Situation ist schon schwer erträglich. Unerträglich ist die Propaganda drumherum. Faulheit, Trägheit, Bremsertum wird denen vorgeworfen, die sich für anständige Pen-

Spar-Experten sagen uns, dass wir zu kurz arbeiten.

Von Lisa Langbein.



sionen einsetzen. SchwindlerInnen und TachniererInnen sind die, die vorzeitig in Pension gehen. Wer sich in der Arbeit ruiniert hat oder einfach nicht mehr kann, schadet der Gesellschaft. Und ein schlechtes Gewissen sollen sowieso alle kriegen, die schon in Pension sind. Weil Pension sei Schmarotzertum an der Gesellschaft, so stellen die „Experten“ es dar. Und es wird praktisch unmöglich gemacht, überhaupt früher in Pension zu kommen, wenn man nicht von einem der grossen Unternehmen in Pension geschickt wird. Den Zustand, dass auf gar nichts mehr verwiesen werden kann, erreichen nur wenige lebend, wenn sie keine Beziehungen haben.

Dazu kommt, dass es viele Berufe gibt, in denen es in der Regel unmöglich ist, als alter Mensch zu arbeiten. Dazu müssen gar nicht nur die Hilfsarbeiter am Bau oder die Kassiererin

im Supermarkt bemüht werden, auch in anderen, in Berufen mit Ausbildung, ist es selten denkbar, so lange zu arbeiten, seien es KindergärtnerInnen, LehrerInnen, Pflegepersonen, StadtgärtnerInnen, Feuerwehrleute, oh, diese Liste lässt sich lang fortsetzen. Was werden die alle tun sollen nach 35, 40 Dienstjahren? So viele Portiere gibt's gar nicht. Oder sollen die alten Feuerwehrmänner eingesetzt werden, um den

alten Kindergärtnerinnen von den kleinen Sesseln aufzuhelfen? Na die Kommentare der wohlhabenden Mittelschichteltern möchte ich hören, wenn die Lehrerin 68 ist, da werden wohl Privatschulen mit jungem Personal errichtet werden müssen? Aber wirklich lustig ist das nicht. Es heisst ja nur, dass diese alle „vorzeitig“ in Pension (oder die Arbeitlose) müssen, mit Abschlägen und damit die Pensionshöhen insgesamt niedriger werden.

Auch wenn es der derzeitigen Ansicht widerspricht:

Genug, ist genug. Irgendwann geht's nicht mehr so leicht und irgendwann muss ein Ende sein. Das Märchen von den superaktiven SeniorInnen ist nett, aber für viele leider nur ein Märchen. Das muss ja nicht heissen, dass die, die gerne arbeiten und ihre Erfüllung darin gefunden haben, auch in Pension gehen müssen. Sie sollen arbeiten dürfen. Aber nicht auf Kosten derer, die nicht dieses Glück hatten. Das Arbeitsleben muss ein Ende haben dürfen und das mit einer Pension, von der sich anständig leben lässt. Irgendwann war das noch allgemein unumstritten ...



LISA LANGBEIN
IST EHEMALIGE
UG-VORSITZENDE.

Unabhängige GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst:

Erbschafts- und Vermögenssteuern statt Nulllohnstunden und Arbeitsplatzvernichtung durch Bund und Länder



Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD lehnen das von der Regierung vorgelegte Konsolidierungspaket ab, weil es massive Einkommensverluste der PensionistInnen und öffentlich Bediensteten vorsieht und dabei die Konjunkturstütze der Kaufkraft niedriger und mittlerer Einkommen kurz- und mittelfristig verringert, während Krisenverursacher, Krisengewinner und die Vermögen der oberen Zehntausend weitgehend unangetastet bleiben.

Die UGöD anerkennt die von ÖGB und Arbeiterkammer erreichte Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte wie den Verzicht auf Anhebung der Mehrwertsteuer oder auf Studiengebühren oder die geplanten Mehraufwendungen zur Arbeitsplatzsicherung, insbesondere für ältere KollegInnen und das Verhindern der vorzeitigen Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters. Der Druck der Arbeitnehmerinnenvertretung hat die auf ein ausgabenseitiges Sparpaket fixierte ÖVP dazu gebracht, ihr Veto gegen die stärkere Besteuerung von Höchstehenden und Immobiliengeschäften aufzugeben und einer Angleichung der Sozialversicherungsbeiträge von Unternehmern und Bauern zuzustimmen.

Aber ...

Die von den Regierungsparteien geplante Massenbelastung von PensionistInnen und von öffentlich Bediensteten ist fix und gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Der Aufnahmestopp für weite Bereiche des öffentlichen Dienstes bedeutet gleiche und vielfach mehr Arbeit für weniger Beschäftigte, weniger Qualität für die große Mehrheit der Bevölkerung, auch im von SPÖ und ÖVP ausgenommenen Bildungs- und Wissenschaftsbereich, der vor umfassenden und personalintensiven Reformen steht. Sozial verträgliche, gesellschaftliche Veränderungen berücksichtigende Strukturreformen in der Verwaltung sind kaum angedacht, der Personalabbau ist fix. Weniger qualifizierte, sichere Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst bedeuten aber auch ein Mehr an „Sachaufwand“ für den Zukauf von prekär beschäftigten und schlecht bezahlten ProjektarbeitnehmerInnen durch Dienststellen und ausgegliederte Betriebe. Dieser „Sachaufwand“ fehlt im Konsolidierungspapier.

Einsparungen ...

Im Landwirtschaftsministerium will der ÖVP-Minister unter dem Vorwand „Sparpaket“ das kritische Bundesamt für Bergbauernfragen entsorgen. An der Innsbrucker MedUni fehlen die Mittel zur Weiterbeschäftigung von Jung-ÄrztInnen. Der geplante Personalabbau trifft auch die davon ausgenommenen LehrerInnen und PolizistInnen, die noch mehr „eingesparte“ Verwaltungsarbeit zugeteilt bekommen. Gar nicht fix sind dagegen die projektierten Mehreinnahmen aus der EU-Transaktionssteuer oder die Abgeltungssteuer für unbesteuerbare Vermögen auf Schweizer Konten. Das sind Einnahmewünsche, denen derzeit die internationale beziehungsweise bilaterale Rechtsgrundlage fehlt. Andere einnahmenseitige Maßnahmen sind befristet oder ohne ausreichende Berücksichtigung der steuerlichen Gestaltungsspielräume von Vermögenden.

Nix ist fix – Alternativvorschläge der UGöD

Die von ÖGB und Arbeiterkammer bisher erreichten Maßnahmen zeigen der GÖD, was im Interesse der öffentlich Bediensteten und der Qualität der öffentlichen Dienste möglich ist. Die GÖD hat sich an diesen ÖGB-Aktionen kaum beteiligt und stattdessen wie die ÖVP vermögensbezogene Steuern grundsätzlich abgelehnt. Die UGöD fordert gemeinsam mit den Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB

Mehr soziale Gerechtigkeit durch Steuergerechtigkeit

- Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Einführung einer allgemeinen Vermögenssteuer
- Stärkung des öffentlichen Pensionssystems statt steuerlicher Förderung privater Pensionsvorsorge
- Reform der Grundsteuer
- Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer – bis zur Verwirklichung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene.

Stärkung des öffentlichen Dienstes

- Kaufkraft der öffentlich Bediensteten sichern statt undifferenzierter Lohnkürzungen zu Lasten niedriger und mittlerer Einkommen im öffentlichen Dienst!
- Sinnvolle Nachbesetzungen und echte Strukturreformen statt lähmender Aufnahmestopp auf Kosten der Jungen!
- Zukunftsinvestitionen in Bildung und Soziale Dienste („Bildungsmilliarde“, „Sozialmilliarde“).

Stärkung der gewerkschaftlichen Demokratie

- Solidarisierung mit dem ÖGB und den anderen Fachgewerkschaften statt Isolierung der GÖD
- keine „Zeit-im-Bild-Zusagen“ des ÖVP-Vorstandsmitgliedes Neugebauer über eine Zustimmung „seiner“ GÖD zum Sparpaket
- Sofortige Einberufung der GÖD-Bundeskonferenz.

KIV/UG und AUGE/UG:

„Klares NEIN zu Nulllohnrunde für Wiener Gemeindebedienstete“

Nulllohnrunde in Wien hätte auch massive finanzielle Auswirkungen auf Beschäftigte im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich. Eine klare Absage an die von Finanzstadträtin Brauner angeordnete Nulllohnrunde für Gemeindebedienstete in Wien kommt von den Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GdG-KMSfB – der KIV/UG (Konsequente Interessensvertretung) und in der GPA-djp – AUGE/UG (Alternative und Grüne GewerkschafterInnen).

KIV/UG:

Nulllohnrunde im Gemeindebereich trifft vor allem untere und mittlere EinkommensbezieherInnen

Thomas Kerschbaum, Personalvertreter am Wiener Jugendamt und Bundessprecher der KIV/UG, zweitstärkste Fraktion bei den Wiener Gemeindebediensteten: „Ist die Forderung nach einer Nulllohnrunde an sich schon eine Kampfansage an die Gewerkschaften, trifft sie im Gemeindebereich zusätzlich noch Einkommensgruppen, die vielfach im mittleren und niedrigen Einkommensbereich angesiedelt sind – egal ob es sich dabei um Beamte, Vertragsbedienstete oder Privatangestellte handelt,“ kritisiert der Unabhängige Gewerkschafter. „Die Einkommen der Gemeindebediensteten liegen – nicht zuletzt aufgrund ihrer Heterogenität, die von HausarbeiterInnen und StraßenbahnfahrerInnen über Pflegepersonal in Krankenhäusern, SozialarbeiterInnen und KindergartenpädagogInnen bis hin zu StadtplanerInnen, KulturarbeiterInnen und Verwaltungsbeamten reicht – keinesfalls im Spitzenfeld, sondern bestenfalls im Durchschnitt. Das unterscheidet den Gemeindebereich in Beschäftigungs-, Qualifikations- wie Einkommensstruktur auch etwa vom Bundesdienst, wo allerdings ebenfalls immer prekärer werdenden Beschäftigungsformen im Vormarsch sind“, so Kerschbaum weiter.

Nulllohnrunden träfen damit überwiegend untere wie mittlere Einkommen. „Das kann weder aus gewerkschafts-, noch aus sozial- und wirtschaftspolitischen Überlegungen hingenommen werden. Mit rund 70.000 Beschäftigten und deren Einkommen sind die Gemeindebediensteten ein nicht unbedeutender Konsumfaktor in Wien. Wird Einkommen gekürzt – und nichts anderes sind Nulllohnrunden – wird Massennachfrage reduziert, was gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Krisen verschärfend wirkt. „Es ist auch ein Zeichen von mangelnder Wertschätzung und mangelndem Respekt, wenn ausgerechnet die Gemeinde ihren Beschäftigten, die den Erhalt und das Funktionieren kommunaler sozialer und öffentlicher Infrastruktur sicherstellen, eine entsprechende finanzielle Abgeltung verweigert. Die Gewerkschaftsspitze ist aufgefordert, endlich klar Position zu beziehen und allen Plänen einer Nulllohnrunde in Wien eine klare Absage zu erteilen und gegebenenfalls auch den notwendigen Widerstand zu organisieren,“ so Kerschbaum.

AUGE/UG:

Nulllohnrunde für Gemeindebedienstete hätte massive Auswirkungen auf Einkommen der Beschäftigten im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich

Nulllohnrunden im öffentlichen Dienst – insbesondere auch bei den Wiener Gemeindebediensteten – haben dabei zusätzlich massive Auswirkungen auf die Beschäftigten des privaten Sozial- und Gesundheitsbereichs: „Der private Sozial- und Gesundheitsbereich erbringt vielfach für die Gemeinde Wien soziale Dienstleistungen. Die Einkommens- und Beschäftigungssituation ist bereits jetzt vielfach prekär, die Durchschnittseinkommen im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich liegen um 17 % unter den durchschnittlichen ArbeitnehmerInneneinkommen über alle Branchen hinweg gerechnet. Der Sozialbereich gilt – nicht zuletzt aufgrund der hohen Teilzeitarbeit – tendenziell als Niedriglohnsektor,“ so Markus Koza, Bundessekretär der AUGE/UG. „Die Einkommensentwicklung im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich ist dabei vielfach direkt beziehungsweise indirekt an die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst, gerade an die Gemeindebediensteten gekoppelt.“ Dies gelte sowohl für die im BAGS-Kollektivvertrag erfassten Vereine und Betriebe, als auch für soziale Einrichtungen des elementaren Bildungsbereichs ausserhalb der BAGS.



Berechnen Sie Ihren Verlust: nulllohnrunde.a

Es sei geradezu zynisch, so Koza, in Sonntagsreden immer wieder zu betonen, wie wichtig denn der Sozialbereich sei, gleichzeitig jedoch Einkommensbedingungen zu schaffen, die unattraktiv sind und nicht annähernd dem gesellschaftlichen Nutzen sozialer Arbeit entsprechen: „Wir brauchen keine Lippenbekenntnisse zum Sozial-, Pflege- und elementaren Bildungsbereich sondern entsprechende finanzielle Mittel um faire Arbeits- und Einkommensverhältnisse herzustellen. Wer ständig davon spricht, dass Investitionen in Soziale Dienste und Elementarbildung ‚Zukunftsinvestitionen‘ seien, muss insbesondere auch in die Beschäftigten in diesem Bereich investieren und endlich entsprechend angemessene Einkommen zahlen. Nulllohnrunden kommen da jedenfalls nicht in Frage. Viele Beschäftigte im Sozialbereich haben berechtigte Hoffnungen in ein rot-grün regiertes Wien gesetzt. Rot-Grün sollte inzwischen wissen, dass die Beschäftigten im Sozialbereich durchaus widerständig und politisch sehr aufmerksam sind. Wir können Rot-Grün nur davor warnen, ihre Budgets auf Kosten der Beschäftigten im Sozial-, elementaren Bildungs- und Gesundheitsbereich zu konsolidieren. Sie sind *nicht* VerursacherInnen der Krise und dürfen noch viel weniger Opfer der Krisenbewältigung werden,“ schließt Koza.

EIN WICHTIGER SCHRITT

Erfreuliches Ergebnis der Personalvertretungswahlen in Innsbruck.

Die Personalvertretungswahl vom 27. und 28. Feber in der Stadt Innsbruck ist vorbei. Die KIV/UG ist in der Zentralpersonalvertretung die einzige Opposition zur FCG/ÖAAB.

Aus unserem Wahlkampf: „Da wir nicht über die Ressourcen wie die ÖVP-FCG-Liste verfügen, ersuchen wir alle KollegInnen und UnterstützerInnen unsere Kandidatur bei der Personalvertretungswahl in Innsbruck bekannt zu machen und dafür zu werben. Die Zeit ist reif für eine Alternative.

Die parteiunabhängige Liste Vorwärts - KIV/UG ist die einzige Alternative zur Parteiliste der ÖVP (FCG, die manchmal auch unter anderen Bezeichnungen auftritt).

Wir rufen alle KollegInnen auf: Wenn Ihr eine Alternative zur Parteiliste der ÖVP in der Personalvertretung der Stadt Innsbruck haben wollt, bitte die Liste Vorwärts - KIV/UG wählen!“

Die KIV-KollegInnen erreichen in der



• Dienststelle „Jugend- und Sozialamt“ ein Mandat, das sind 25,93 %, gewählt ist Gerda Pastyrik,



• Zentralpersonalvertretung ein Mandat, das sind 16,29 %, gewählt ist Heinrich Atzl.



In beiden Gremien ist Claus Tuchscherer Ersatz-Mandatar.

Wir gratulieren den KIV-KollegInnen in Innsbruck sehr herzlich! Das Ergebnis ist auch ein wichtiger Schritt für die gesamte UG in Tirol. ■

Detailinformationen unter www.kiv.at/innsbruck.



SMZ-Ost

Fremdvergabe der Reinigungsdienste

Die Einsparungen der letzten Jahre im handwerklichen Schema im Krankenanstaltenverbund haben ein deutliches Vakuum entstehen lassen.

Fehlende Dienstposten wurden nicht nach besetzt und in sogenannte „patientennahe Berufe“ umgewandelt.

Obwohl im SMZ-Ost die mit der Generaldirektion vereinbarte Reduzierung der Planstellen im Bereich der Hausarbeiterinnen schon längst erreicht wurde, wird trotzdem nicht nach besetzt.

Seit Monaten kann kein Dienstbetrieb mehr aufrecht erhalten werden und die MitarbeiterInnen werden systematisch ausgebeutet. Urlaube konnten nicht mehr genehmigt werden und einzelne Mitarbeiter mussten über längere Zeit bis zur Erschöpfung Mehrarbeit leisten. Durch diesen Zustand kam es natürlich zu vermehrten Krankenständen. Doch anstatt die schlechten Arbeitsbedingungen zu ändern, wurden die Dienstnehmer noch mehr unter Druck gesetzt. Es kam vermehrt zu Krankenstandsrückkehrgesprächen und zu Kündigungsdrohungen. In einzelnen Fällen wurde berichtet, dass Krankenstandsgespräche vor anderen Kollegen stattfanden. Als wäre dies noch nicht

genug, finden jetzt Fremdvergaben beim Reinigungspersonal statt. Der Unfallbereich, die OP-Gruppe 3 und die Notfallambulanz werden komplett an einen Privatanbieter vergeben. Als Grund wird die fehlende Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes genannt. Die vorhandenen Hausarbeiterinnen werden aufgeteilt und anderen Stationen dienstzugeteilt. Einige Hausarbeiterinnen müssen in die 40-Stunden-Woche wechseln und verlieren dadurch Zulagen. Dies wird von der Führung aber nur am Rande erwähnt. Auch dass einige schon kurz vor der Pensionierung stehen oder zu den älteren Dienstnehmern zählen, ist anscheinend nebensächlich. Solange die Einsparungen nur auf Kosten der Dienstnehmer gehen, hält sich das Interesse der Generaldirektion in Grenzen.

Wir fordern eine sofortige Nachbesetzung der freien Stellen, eine bessere Organisation der Arbeitsabläufe, rechtzeitige Informationsweitergabe an die betroffenen DienstnehmerInnen und einen konsequenten Widerstand der Gewerkschaft gegen weitere Einsparungen und Fremdvergaben auf Kosten der Beschäftigten.

*Keine faulen Kompromisse!
Wir fordern eine Gewerkschaft,
die hinter uns steht!*

Feber 2012:

Wer pflegt „die Pflege“?

Ein Situationsbericht aus
der Krankenpflege.

Von *Silvia Tauchner*.

Im Widerspruch zur gängigen Meinung in der Öffentlichkeit bekommt frisch ausgebildetes diplomiertes allgemeines Pflegepersonal nicht sofort eine Anstellung bei der Gemeinde Wien (trotz Vertrag, der dann mit hinterfragbaren Begründungen abgelehnt und somit aufgehoben wird). Diese „offenen“ Stellen müssen „reserviert“ werden, da wir in 20 Prozent aller Dienstposten künftig PflegehelferInnen einsetzen müssen (jetzt auch im Akutbereich), wofür kräftig PflegehelferInnen ausgebildet werden.

Stationen im Kinderbereich müssen geschlossen (oder Betten gesperrt) werden, weil es an diplomiertem Pflegepersonal mangelt. Pro Jahr diplomieren in Wien zirka 30 Personen (ja, es gibt nur mehr eine (!) Kinderkrankenpflegeschule – am AKH). Vor drei Jahren wurde der Jahrgang doppelt geführt – 70 Menschen konnten mit der Ausbildung beginnen. Wir waren erleichtert, aber nur für ein Jahr, denn anschließend wurde wieder nur ein einzelner Jahrgang geführt. Die offizielle Begründung dafür lautet „aus Platzmangel“. Bitte hier ein Ausweg: Hinter der Schule am AKH steht die ehemalige Akademie der MTDs. Die Schule im SMZ Süd ist neu gebaut – hier gibt es keinen Platz? Ein Großteil des Lehrpersonals im SMZ Süd hat beide Diplome und lange Zeit in der Kinderkrankenpflege unterrichtet.

Was fehlt, sind Sofortmaßnahmen: Es kann nicht sein, dass Arbeitsgruppen gebildet werden und wir mit irgendwelchen Projekten anfangen, um diese Situation in den Griff zu bekommen – jetzt muss etwas geschehen! Oder pfeift die Politik nun doch aufs Sprücheklopfen und verzichtet



auch offiziell auf das Hochloben unseres „qualitativ einzigartigen Gesundheitssystems“, denn bald gibt es wieder vermehrt nicht diplomiertes Personal, Kinder werden wieder auf Erwachsenenstationen liegen ...

Überall wird uns der Spitalsplan 2030 vor die Nase gehalten – ich sage euch, 2030 wird es unsere Spitäler so nicht mehr geben, wenn wir 2012 nicht gegensteuern! Es wäre endlich an der Zeit, dass die mündlichen und schriftlichen Aussagen à la „die MitarbeiterInnen an der Basis sind in alle Planungen miteingebunden“ eingehalten werden! Wahrscheinlich ist es eine Betrachtungssache: Vielleicht sieht die Politik und Generaldirektion die Basis schon in der Ebene der DirektorInnen, Oberschwestern und -pfleger – aber was ist dann „darunter“?



KIV
KINDERKRANKENPFLEGESCHULE
AM AKH

SILVIA TAUCHNER
IST MANDATARIN DER KIV
IM SMZ-SÜD.

ug-oegb.at

auge.or.at

kiv.at

ugood.at

ug-vida.at

we4you-ug.at

BAGS-Kollektivvertrags-Verhandlungen 2012:

DER ABSCHLUSS

Vorgabe der Arbeitgeberkurie war der Abschluss des öffentlichen Dienstes mit 2,95 Prozent. Vorgabe der Arbeitnehmer war jedenfalls ein Reallohnzuwachs, später dann eine konkrete Forderung von 4,1 Prozent für den unterbezahlten BAGS-Bereich (noch einmal zur Erinnerung: Die Einkommen im Sozial- und Gesundheitsbereich liegen 17 Prozent unter den durchschnittlichen ArbeitnehmerInneneinkommen).

Nachdem sich die Arbeitgeberseite an den ersten beiden Verhandlungsrunden nur im Zehntel-Prozent-Bereich bewegen wollte, setzte es Kampf- und Protestmaßnahmen seitens der verhandelnden Gewerkschaften der „Privatandruck, Journalismus, Papier“ und „vida“. Flächendeckende Betriebsversammlungen (über 350 in ganz Österreich), Demonstrationen in österreichischen Landeshauptstädten (Wien, Linz, Graz, Klagenfurt) am 1. Febr. 2012 sowie zahlreiche Mahnwachen vor ausgewählten (repräsentativen) Betrieben der Branche erhöhten den Druck.

Das Ergebnis ist in einigen Schritten ein wichtiger Erfolg:

- Gelungen ist die „Entkoppelung“ des BAGS-Abschlusses vom Abschluss des öffentlichen Dienstes. Mit einer Erhöhung von 3,4 Prozent auf den Kollektivvertrag, und 3,2 Prozent auf die Ist-Löhne hebt sich der Abschluss des BAGS-KV doch von jenem in den öffentlichen Diensten ab. Angesichts drohender Nulllohnstunden im öffentlichen Dienst und der massiven Unterbezahlung im privaten Sozial-



Nach erfolgreichen Verhandlungsrunden und Protestversammlungen wurde in der dritten Verhandlungsrunde doch noch Einigung erzielt.

Von Stefan Taibl.

und Gesundheitsbereich erscheint diese „Abhebung“ einmal mehr dringend geboten.

- Auf der Strecke blieben allerdings einmal mehr jene, die in alten Lohnschemata verblieben sind: sie bekamen ein Lohnsteigerung von nur 2 Prozent.
- Wesentlich erscheinen zwei rahmenrechtliche Verbesserungen: Die Anrechnung von Karenzen auf die KV-Vorrückungen ab 1. Febr. sowie die kollektivvertragliche Verankerung des amtlichen Kilometergelds – allerdings erst ab 2013. Andere Rahmenrechtsforderungen wurden bislang seitens der Arbeitgeber leider abgeschmettert.

Bemerkenswert das diesjährige Verhalten der Arbeitgeberseite: Den „minimalen“ Forderungen begegnete die Arbeitgeberseite mit bislang ungewohnter Aggressivität. Von einem Verhandlungsstil „in Augenhöhe“ war arbeitgeberseitig nur wenig zu bemerken, was das Verhandlungsklima alles andere als angenehm beziehungsweise konstruktiv erscheinen ließ. Es waren Beharrlichkeit und gewerkschaftliche

beziehungsweise betriebsrätliche Aktionen, die zuletzt doch einiges an Wirkung erzeugten.

Erschwerend war und ist die Mobilisierung der Basis im Sozial- und Gesundheitsbereich. Die MitarbeiterInnen konnten und können ihre KlientInnen nur schwer im Stich lassen. Aber auch die Rolle der BetriebsrätInnen, die für Protestmaßnahmen eigentlich als „MultiplikatorInnen“ und „MobilisatorInnen“ gegenüber ihren Belegschaften agieren sollten, kann nicht nur als positiv bewertet werden – und zwar über *alle*, definitiv *alle* Fraktionen hinweg, da nehme ich meine eigene nicht aus. Weiters unerfreulich: Der zu geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad der Gewerkschaften im Sozial-

bereich. Sicher sind die Gewerkschaften nicht unschuldig an diesem Faktum, ist der KV in vielen Bereichen noch immer nicht akzeptabel. Aber: Wenn der Organisationsgrad so bleibt, haben wir hier die berühmte „Katze, die sich selber in den Schwanz beißt“. Wenn dann noch BetriebsrätInnen die Unterstützung von Aktionen unterlassen beziehungsweise verweigern, wird das zusätzlich nur schwerlich zu besseren Arbeitsbedingungen für den gesamten Bereich führen!

Nur wenn wir Gewerkschaftsanliegen für alle MitarbeiterInnen solidarisch und gemeinsam vertreten und die Gewerkschaft bei Protest- und Kampfmaßnahmen unterstützen, werden wir Verbesserungen in diesen schwierigen Zeiten erreichen können. Das heißt nicht, dass wir uns mit Kritik zurückhalten sollen, aber positive Bemühungen sind zu unterstützen, und mehr (kritische und aktive) Gewerkschaftsmitglieder helfen! Nur wenn die Basis, die MitarbeiterInnen, bereit sind ihre Interessen direkt zu vertreten, in der Öffentlichkeit aber auch in den Gewerkschaften, können wir als Gewerkschaft stark genug werden!

**Jede Stimme, jedes Mitglied zählt!
Wir sind Gewerkschaft!**



STEFAN TAIBL
IST BETRIEBSRATSVORSITZENDER DER PSYCHOSOZIALE DIENSTE GMBH UND MITGLIED DES ERWEITERTEN BAGS-KV-VERHANDLUNGSTEAMS.

„UNIVERSITÄT IST ETWAS UNAUSWEICHLICH ELITÄRES“

ES muss präziser geregelt werden, wann Gebühren zu bezahlen sind und wann nicht.

Mit März läuft die Regelung aus – ab da dürfen keine Studiengebühren mehr eingehoben werden. So wie es derzeit aussieht, heißt das aber nicht, dass es dabei bleiben wird.

Der Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle empfiehlt den Universitäten die Gebühren autonom einzuheben und bezieht sich auf das (vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegebene) Gutachten vom Jus-Dekan Heinz Mayer. Einige Unis haben das auch bereits angekündigt. Inwieweit Universitäten aber, in Ermangelung einer Regelung, autonom Gebühren in beliebiger Höhe verlangen dürfen, ist umstritten. Die Gutachten des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramts und der Juristen Werner Hauser und Theo Öhlinger kommen zu dem Schluss, dass das autonome Einheben von Studiengebühren verfassungswidrig wäre.¹⁾ Der Wunsch nach (wenn möglichst der Höhe nach frei bestimmbar) Studiengebühren ist nicht neu – Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) plädierte bereits 2011 Richtung variabler Studiengebühren: Für Studien mit „wahnsinnig vielen Studierenden“ und schlechten Berufsaussichten höhere Gebühren als für Studien mit Bedarf an AbsolventInnen.²⁾

Auf der anderen Seite stehen Studierendenvertretungen wie die Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH) an der Universität Wien, die sich immer

Seitdem der Verfassungsgerichtshof Mitte 2011 die Ausnahmeregelungen der Studiengebühren gekippt hat, steht eine Neuregelung des Gesetzes an.

Von Renate Vodnek.



ablehnend zur Existenz von Studiengebühren geäußert hat. Sie weist auf unzählige negative Effekte der Gebühren hin: Diese verschärfen die soziale Selektion der Studierenden, tragen zur weiteren Kommerzialisierung und Verschulung der Studien bei und unterwerfen die Universitäten zusätzlich einem aufgezwungenen und konstruierten Konkurrenzverhältnis.³⁾ Die ÖH kritisiert den Wissenschaftsminister, der mit seiner Aufforderung zu autonomen Studiengebühren „Realitätsverweigerung auf dem Rücken der Hochschulen und der Studierenden“ betreibt. Gleichzeitig stehle er sich damit aus der Verantwortung und schiebe den Unis den schwarzen Peter zu.¹⁾ Für Peter Grabuschnig, Generalsekretär der ÖH, führt dieses „bildungsfeindliche Vorgehen [...] die österreichische Hochschullandschaft zurück zu einem elitären Bildungssys-

tem. Wer studieren kann, hängt damit – noch mehr als bisher – vom Einkommen der Eltern ab!“⁴⁾ Töchterle sieht das Thema Bildung und Elite im Interview mit der Zeitung „Die Zeit“ etwas anders: „In der Situation, in der wir sind, kann nicht jeder alles studieren, weil dafür die Kapazitäten nicht ausreichen. Man kann zwar fordern, die Kapazitäten bis auf 100 Prozent der Bevölkerung auszubauen. Das ist aber nicht machbar. Und ich will das auch nicht. (...) Universität, so wie ich sie sehe, ist etwas unausweichlich Elitäres. Und dafür ist nicht jeder tauglich, nicht jeder bringt den langen Atem und den Willen dazu auf.“⁵⁾

Für die ÖH benötigen öffentliche Universitäten statt Studiengebühren eine ausreichende öffentliche Finanzierung in Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes, soziale Absicherung aller Studierenden und faire Studien- und Arbeitsbedingungen.¹⁾⁶⁾ Ein Zugang zum Thema Bildungspolitik wäre die Politik in den USA während der Weltwirtschaftskrise 1929. Dort wurden damals der Höchststeuersatz, die Erbschaftsteuer und die Gewinnbesteuerung stark erhöht und dadurch eine stärkere Egalisierung der Gesellschaft erzielt. Als Ergebnis sind in den 1950er Jahren Arm und Reich in dieselbe Schule gegangen. Damit zeigt sich, dass Erbschafts- und Vermögenssteuern nicht unabhängig von Bildungspolitik zu sehen sind. Bei einer Diskussion zum Bildungsvolksbegehren 2011 wünschte sich Reinhart Sellner (UGÖD), dass möglichst viele Menschen sagen: „Bildung ist wichtig. Her mit den Bildungsmilliarden. Her mit der Vermögenssteuer.“⁷⁾



RENATE VODNEK
IST PSYCHOLOGIN
UND GEWERKSCHAFTS-
AKTIVISTIN.

(1) DiePresse.com, 20. Feber 2012

(2) Die Presse 23. Juli 2011, S. 8

(3) Stellungnahme ÖH-Uni Wien, 19. Dezember 2008

(4) oeh.ac.at/blog/oeh-gutachten-ist-auf-tragswerk-gegen-die-studierenden/

(5) zeit.de/2012/08/A-Gespraech-Toechterle-Liessmann/seite-1, 23. Feber 2012

(6) Forderung anlässlich des Bildungsaktionstages 2011, bildungsaktionstag.at

(7) Diskussionsveranstaltung der Grünen Wien 20 am 17. Oktober 2011 „Bildungsvolksbegehren – was nun?“

Wir im Sozial-, Gesundheits-, Elementar- und Erwachsenen-Bildungsbereich
zeigen an. Von Christine Rudolf.

WORUM GEHT ES BEIM



Wann: Mittwoch, 21. März 2012, 16-20.30 Uhr,

Wo: Arbeiterkammer, Bildungszentrum,
Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien.

Veranstalter: kiv.at/vg.soziales

Anmeldung bis 18. März erbeten.

2012, das Jahr in dem die Wirtschaftskrise mit voller Wucht zurückkehrt. 2012, das Jahr, ab dem Sparpakete im Zeichen der „Schuldenbremse“ geschnürt werden. Wir sind es ja bereits gewohnt, unter extremen Bedingungen zu arbeiten. Wir, im Sozial- und Gesundheitsbereich, im elementaren Bildungsbereich, in der Pflege – wo auch immer. Unser Einkommen liegt zwanzig Prozent unter durchschnittlichen ArbeitnehmerInnen-Einkommen. Bei uns ist die Überlastung und Burn-Out-Rate besonders hoch. Wir sind in hohem Maße von öffentlichen Dienst- und Fördergebern abhängig, die sich mehr und mehr aus der Finanzierung und Verantwortung verabschieden.

WIR SIND ABER AUCH WIDERSTÄNDIG

Ob in Oberösterreich, in der Steiermark, in Wien, im Rahmen von Kollektivvertrags-Verhandlungen: Wir gehen auf die Straße. Weil wir das uns und unseren KlientInnen gegenüber schuldig sind. Wir werden unseren Widerstand gegen eine drohende Politik des ruinösen Kaputtsparens noch verstärken. Wir werden uns neue Aktions- und Protestformen überlegen. Wir werden uns noch enger vernetzen und noch besser organisieren müssen, damit wir nicht gegeneinander ausgespielt werden können.

DARUM „SOZIALGIPFEL RELOADED“

Im Frühjahr 2010 veranstalteten wir im Wiener Rathaus unseren ersten Sozialgipfel. Wir formulierten damals Forderungen, die heute noch gültig sind und immer noch nicht erfüllt sind. Wir forderten unter anderem eine Sozialmilliarde – für den bedarfsgerechten Ausbau sozialer Dienste, für faire Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen. Wir demonstrierten dafür im Rahmen der „Krötenwanderung“ im Herbst 2010 – gemeinsam mit StudentInnen, LehrerInnen, KindergärtnerInnen, ... – für mehr Geld im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich.



CHRISTINE RUDOLF
IST POLITISCHE
SEKRETÄRIN DER KIV.

SOZIALGIPFEL RELOADED?

Das Programm mit Mottos und ExpertInnen im World-Workshop-Café

Beginn 16 Uhr: Begrüßung und einleitende Worte (Anmeldung bereits um 15.30 Uhr)

Christine Rudolf, Arbeiterkammer-Rätin der AUGÉ/UG,
politische Sekretärin der KIV/UG.

16.15 Uhr: Inhaltliche Inputs

Arbeitskonflikte und Arbeitskämpfe im Sozialbereich
Ao. Univ.-Prof. DDr. Nikolaus Dimmel, Fachbereich
Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der juristische
Fakultät Salzburg.

Hochleistungsmedizin versus Billiglohn

*Arbeitskampf an der Charité
Facility Management Berlin*

Kati Ziemer, Betriebsrätin bei Charité Facility Manage-
ment Berlin, Vorstand der ver.di-Betriebsgruppe in der
Charité Universitätsmedizin Berlin.

Nach einer Networking-Pause

ab 17.45 Uhr: World-Workshop-Café

Moderation: Martina Petzl-Bastecky, Wiener Kinder-
gärten, Personalvertreterin, KIV/UG-Vorsitzende.

Empört Euch – Organisiert Euch!

Thema Organizing mit: Sandra Stern, Sozialwissen-
schafterin, Gewerkschaftsaktivistin und Kati Ziemer,
Betriebsrätin Charité und ver.di Berlin.

Wer ist das Wir?

Thema Gemeinwesenarbeit und Gemeingüter mit:
Christoph Stoik, MA, FH Campus Wien, FB Soziale Arbeit,
Community Organizing und Mag.^a Brigitte Kratzwald,
freie Sozialwissenschaftlerin, Expertin Commons und
öffentliche Dienstleistungen.

Wir zeigen an!

Thema Überlastungsanzeige als Mittel der Mobilisie-
rung, Hilfe zur Selbsthilfe mit: Biju Augustian Onatt,
Diplomkrankenschwester, Personalvertreter Sozialmedizi-
nisches Zentrum Ost und Christine Rudolf.

Das Wasser steht uns bis zum Hals!

Thema Auswir-
kungen der
Überlastung
auf Betroffene

mit: Birgit Meinhard-Schiebel, Präsidentin IG pflegende
Angehörige und einE KollegIn der Wiener Assistenz-
genossenschaft (angefragt).

Wir verbünden uns und zeigen auf!

Thema Überlastung der Betriebsräte, Personalvertretung
mit: Doris Buresch, (Zentral)Betriebsrätin, Personalvertre-
terin, Fonds Soziales Wien – wieder wohnen GmbH und
Thomas Kerschbaum, Personalvertreter Jugendamt,
Bundessprecher der KIV/UG.

Die Summe aller Teile = Wir!

Thema Strategische Überlegungen, Kampagnen, Ideen
mit: Prof. (FH) Dr. Tom Schmid, Institutsleiter Sozialöko-
nomische Forschungsstelle und Dr. Karl Heimberger,
Betriebsrat wissenschaftliches Personal, MedUni-Wien,
Social Media-Experte.

Jetzt ist die Zeit reif!

Thema Stärkung der sozialen Arbeit zwischen Berufs-
ethik, Ökonomisierung und Entfremdung mit:
Mag.^a Elisabeth Hammer, Verein kritische Soziale Arbeit,
neunerHAUS und Christine Petioky, MA, Sozialarbeiterin,
Mediatorin, Betriebsrätin, Personalvertreterin, Fonds
Soziales Wien.

Bist Du des Wahnsinns knusprige Beute?

Rollenspiel, Kurzkabarett zu den Sozialgipfelinhalte
mit Dr.ⁱⁿ Merith Streicher, Selbstständige Erwachsenen-
bildnerin, Erziehungswissenschaftlerin, Heilpädagogin,
Life-Coach.

19.30 Uhr: Zusammenfassung und Ausblick

Markus Koza, Bundessekretär der AUGÉ/UG,
ÖGB-Vorstand, UG-Vorsitzender.

Überlastungsanzeige und Klagschrift
21. März 2012

Klagende Partei: TeilnehmerInnen des
Sozialgipfels
Beklagte Parteien: Republik Österreich,
Länder, Gemeinden

Klagegründe:

- chronischer Personalnotstand
- motorische Unterfinanzierung
- akute Burn-Out-Gefährdung
- Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse
- Arbeitsverdichtung, steigender
Arbeitsdruck, Überlastung
- Vernachlässigung der Fürsorgepflicht
durch den Arbeitgeber
- Vernachlässigung der Fürsorgepflicht
durch den Förderegeber

Klagschrift: ES REICHT!
Unsere Arbeit ist mehr wert!
Klagsumme: 1.000.000.000
in Worten „eine Sozialmilliarde“



Erste Hilfe

Handbuch für Arbeitslose

Hrsg. Aktive Arbeitslose,
2011, Media Austria.

Bezugsquelle:
Büro der AUGÉ/UG, Belvede-
regasse 10/1, 1040 Wien,
ÖGB-Verlag, Rathaus-
straße 21, 1010 Wien

Steigende Arbeitslosenzahlen und stetig verschärfte Bestimmungen prägen seit einigen Jahren das Bild der österreichischen Landschaft. Mit fast jeder Gesetzesnovelle steigt der Zwang, jeden Job oder jede Arbeitsmarktservice-Maßnahme anzunehmen. Berufs- und Einkommensschutz ist spätestens ab der Notstandshilfe nicht mehr vorhanden. Achthunderttausend Menschen sind zumindest einmal im Jahr arbeitslos, Hunderttausend davon mindestens einmal im Jahr mit einer Bezugssperre konfrontiert. Aus diesem Grund ist eine Anlaufstelle und Hilfestellung für Arbeitslose wichtiger denn je. Ein erster Schritt ist das vor kurzem herausgekommene Handbuch „Erste Hilfe“ des Vereins Aktive Arbeitslose. Es stellt umfassend die gesetzlichen Grundlagen der Arbeitsvermittlung und der AMS-Maßnahmen anhand Rechtsliteratur und konkreter Einzelfälle dar. Bei jedem Kapitel werden Tipps gegeben und auf Fallen hingewiesen – wie zum Beispiel, dass nach Lösung des Dienstverhältnisses beim gleichen Arbeitgeber erst frühestens nach einem Monat geringfügig gearbeitet werden darf. Oder dass bei arbeitslosenversicherungsfreien Dienstverhältnissen die Rahmenfrist für den Bezug von Arbeitslosengeld von normalerweise 52 Wochen innerhalb 24 Monaten verlängert werden kann (betrifft unter anderem geringfügige Dienstverhältnisse).

Das Handbuch zeigt, wie es trotz verschlechterter Rechtslage und Rechtsprechung dennoch möglich ist, sich gegen die Fallen des Arbeitsmarktservice zu wehren. Seien es unzulässige Fragen bei Bewerbungsgesprächen oder unfaire Vertragsklauseln – oder die Frage, was ich bei einer (vom Arbeitsmarktservice aufgezwungenen) Bewerbung tun beziehungsweise nicht tun darf. Der Ratgeber zeigt auch Widersprüche innerhalb der Gesetzgebung oder Praxis auf – laut Arbeitsmarktservicegesetz (§ 29 AMSG) hat das Arbeitsmarktservice die wirtschaftliche Existenz der Arbeitslosen zu sichern (das durchschnittliche Arbeitslosengeld lag 2010 mit 27,62 Euro am Tag unterhalb der Armutsgrenze)*

Die Konklusion: Über ihre/seine Rechte Bescheid wissen und das dem Arbeitsmarktservice auch bemerkbar machen, kann sehr nützlich sein. Auch hier gilt der Kampagnen-Spruch der Arbeiterkammer „Lass dich nicht zur Schnecke machen!“. Gleichzeitig erfordern die widersprüchliche Rechtslage und fragwürdige Gerichtsentscheidungen politisches Handeln: „Recht ist kein Zaubermittel, das nur anzurufen ist und uns gegeben wird. Es ist stets auch Ausdruck der politischen Machtverhältnisse und muss daher stets aufs Neue erkämpft werden.“ (Mag. Ing. Martin Mair, Obmann der „Aktiven Arbeitslosen“) Es wäre Aufgabe von Gewerkschaften und Arbeiterkammer, gegen die schleichende Aushöhlung des Arbeitsrechts anzukämpfen.

* Statistik Austria, AMS Österreich, 13. September 2011